



Niemanden zurücklassen.

Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

Einblicke in die Kommunale Konfliktberatung
Band I



Dieser Band ist Hagen Berndt (1959-2021) gewidmet.
Vordenker und Wegbereiter
der Kommunalen Konfliktberatung

Niemanden zurücklassen.

Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

**Einblicke in die Kommunale Konfliktberatung
Band I**

Herausgegeben vom
K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung
des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Impressum

Herausgeber*in:

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung
Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.
Alte Pumpe 11
29410 Salzwedel

Telefon: 0 39 01 - 30 89 136

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de

www.vfb-saw.de

Vertreten durch: Nicole Lindstedt (Vorstandsvorsitzende)

Thomas Koberstein (Geschäftsführer)

Erscheinungsjahr: 2022

Redaktion: Ornella Gessler, Lena Heuer, Angelika Maser, Hagen Berndt,
Ulrike Gatzemeier, Sophia Matschinsky

Layout: Andrea Schmidt

Umschlagmotiv: iStock.com/bluebearry

Druckerei: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG

Druckauflage: 300 Stück

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt.

Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Herausgebers und der Autor*innen unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung.

ISBN: 978-3-9824624-0-0

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	
<i>Prof. Dr. Anja-Désirée Senz, Universität Heidelberg</i>	9
Einleitung	12
Interventionsmöglichkeiten in Stadtgesellschaften in Zeiten extrem rechter Mobilisierung	
<i>Prof. Dr. Heike Radvan</i>	22

Teil 1.

Einordnung von Integration und Desintegration

Konkurrierende Konzepte in der Integrations- und Migrationspolitik	
<i>Dr. Dieter Reinhardt</i>	31
Identität & Integration – Einblicke aus der bangladeschischen Diaspora in Deutschland	
<i>Azizur Rahman Khan</i>	37
Es betrifft uns alle. Verortung von Desintegrationsprozessen in der kommunalen Praxis	
<i>Astrid Heck und Katharina Kullmann</i>	43

Teil 2.

Herausforderungen und Chancen gesellschaftlichen Wandels

Lokale Konfliktkonstellationen oder: Was hat die Geschichte eines Ortes mit Konfliktodynamiken zu tun?	
<i>Prof. Dr. Katrin Grossmann und Dr. Ulrike Gatzemeier</i>	50

Lokale Energie- und Klimakonflikte. Die Energiewende birgt lokales Konfliktpotenzial <i>Dr. Fritz Reusswig</i>	57
--	----

Gesellschaftliches Spaltpotential durch Demos gegen die Coronamaßnahmen? <i>Thomas Weidlich</i>	64
---	----

Teil 3.

Praxis und Methode der Bearbeitung kommunaler Konflikte

Ehrenamtliche Organisationen als Räume demokratischen Aus- handelns und Lernens am Beispiel Bautzen <i>Sven Messerschmidt</i>	70
---	----

Konfliktberatung in Zeiten zunehmender politischer Polarisierung <i>Sebastian Salzmann & Dr. Johannes Hoppe</i>	76
---	----

Dialogformate in Kommunen. Beispiele und besondere Herausforderungen für gelungene Beteiligung im ländlichen Raum <i>Anna Stein</i>	82
--	----

Virtuell an realen Konflikten arbeiten – Chancen und Risiken für die Konfliktbearbeitung <i>Krischan Oberle</i>	88
---	----

Zusammenfassung bzw. Schlussfolgerungen: Gesellschaftliche Spaltungstendenzen und die Bedeutung des Hin-Hörens in der Kommunalen Konfliktberatung <i>Sylvia Lustig</i>	95
---	----

Vorwort

Prof. Dr. Anja-Désirée Senz, Universität Heidelberg

Städte, Kreise und Gemeinden sind zentrale Orte sozialer Aktivität und gesellschaftlicher (Selbst-)Organisation. Als lokale Ebene von Politik und Verwaltung kommt ihnen für die alltägliche Daseinsvorsorge eine hohe Bedeutung zu. Aber sie sind auch jene Orte, an denen Menschen mit „dem Staat“ in Berührung kommen, dessen Leistungen konkret erleben, (politisch) sozialisiert werden und die realen Möglichkeiten von Teilhabe und Beteiligung erfahren. Wo Angehörige verschiedenster Gruppen ihre unterschiedlichen Ideen, Wünsche und Ansprüche in einen lokalen Kontext einbringen können, kann Integration und ein Miteinander in Kommunen gelingen.

Die Gesellschaften in Deutschland und Europa werden heute oftmals im Vergleich zu früheren Jahrzehnten als vielfältiger, mobiler und komplexer wahrgenommen. Unterschiedliche soziale Gruppen sind im öffentlichen Raum nicht nur sichtbarer, sie haben auch diverse Möglichkeiten ihre Anliegen zu artikulieren und in die öffentliche Agenda einzubringen. Gesellschaftliche Integration, die in der breiten Öffentlichkeit häufig auf die Integration von Migrant*innen und Geflüchteten reduziert wird, stellt sich in den Arbeitszusammenhängen des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung (K3B) als ein breites und facettenreiches Thema dar. Dabei stehen Migrant*innen und neu zugezogene Geflüchtete vor besonderen Herausforderungen in Bezug auf Integration und Teilhabe. Integration betrifft gleichzeitig aber auch viele andere soziale Gruppen in Städten, Gemeinden und Landkreisen, in denen die

Kommunale Konfliktberatung wirksam ist: Obdachlose, junge Menschen aus prekären Lebensverhältnissen, ältere Einwohner*innen von gentrifizierenden Stadtteilen, Menschen in strukturschwachen ländlichen Räumen und andere. Es muss gefragt werden, ob, wie und wo Partizipationsmöglichkeiten aufgrund von Macht- und Verteilungsfragen eingeschränkt sind. Die COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen haben soziale Ungleichheiten einmal mehr deutlich werden lassen und sie noch verstärkt. Die Integration kommunaler Gesellschaften wird aktuell aber auch dadurch herausgefordert, dass populistische und rechts-extreme Bewegungen Polarisierung und Spaltungen vorantreiben und hierüber an Einfluss zu gewinnen suchen.

Eine selbstwirksam erlebte und wirkungsvolle Teilhabe setzt voraus, dass Interessen und Bedürfnisse vorgebracht und in einer Kommune aufgenommen werden. Doch welche Faktoren kennzeichnen eine Beteiligung, die über die bloße Teilnahme hinausgeht und zur gestaltenden Mitwirkung und Teilhabe wird?

Die Artikel in der vorliegenden Publikation geben Einblicke in Herausforderungen, mit denen Kommunen in Deutschland konfrontiert sind, und beschreiben Impulse zur Konfliktbearbeitung im kommunalen Raum. Ausgewählte Aspekte, die für praktische Beratungskontexte eine hohe Relevanz haben, werden in den Beiträgen diskutiert. Sie richten sich an kommunale Entscheidungsträger*innen, Praktiker*innen, Engagierte und Wissenschaftler*innen, in der Hoffnung und mit dem Wunsch, zu einem fruchtbaren Austausch beizutragen.

Ein herzlicher Dank gilt allen Mitwirkenden dieser Publikation, die mit ihren Beiträgen den Austausch und die Diskussion über Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels bereichern.

Ich wünsche allen Leser*innen dieses Sammelbandes interessante Anregungen und darf Sie auch im Namen des K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. zur weiteren gemeinsamen Zusammenarbeit und zum zukünftigen Austausch zu den hier angesprochenen sowie weiteren kommunalen Themen einladen.

*Prof. Dr. Anja-Désirée Senz
Universität Heidelberg*

Einleitung

Konflikte können ein Zeichen gelingender Integration sein. Diese These, mit der der Bildungsforscher und Soziologe Aladin El-Mafaalani aktuelle Herausforderungen der Integrationsdebatte mit Erkenntnissen der Sozialforschung auf den Punkt bringt, berührt das Thema des vorliegenden Bandes im Kern. El-Mafaalani begrenzt seinen Integrationsbegriff nicht auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationsbiografie. Integration in seinem Verständnis bedeutet idealerweise die Teilhabe aller Menschen einer Gesellschaft an Entscheidungen, die das Zusammenleben betreffen.

Konflikte, so seine These, entstehen nun dadurch, dass in den letzten Jahrzehnten immer mehr gesellschaftliche Gruppen ihre Interessen und Bedürfnisse äußern und an Entscheidungen beteiligt werden wollen. Bestehende Strukturen, Kulturen und Machtverhältnisse werden dadurch in Frage gestellt. Die Regeln des Zusammenlebens müssen neu verhandelt werden. Auch wenn diese Neuverhandlungen oft als konflikthaft und unangenehm erlebt werden, sind sie ein Zeichen dafür, dass unsere Gesellschaft zunehmend in der Lage ist, mit Diversität umzugehen und verschiedenste Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

Kommunen sind in besonderer Weise mit Herausforderungen konfrontiert, die aus der zunehmenden Vielfalt unserer Gesellschaft und den daraus entstehenden Aushandlungsprozessen resultieren. Hier begegnen sich Menschen mit unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen auf täglicher Basis. Gemeindeverwaltungen und -gremien sind in unmittelbarem Kontakt mit Bürger*innen. In der Kommune wird Demokratie ge- und erlebt.

Wo mit „Integration“ nur die Integration Geflüchteter oder von Menschen mit Migrationsbiografie gemeint ist, zeigt sich oft, dass und warum der Begriff zu kurz greift. Kommunen erleben Integrationskonflikte auch zwischen der alteingesessenen Bevölkerung und neuhinzugezogenen Bürger*innen. Jugendliche und Senior*innen machen ihre Rechte geltend, z. B. in Konflikten um die Nutzung von Spielplätzen und Parks. Bewohner*innen ärmerer Stadtteile stehen mit wohlhabenderen Nachbarschaften in Konkurrenz um öffentliche Räume. Manchmal stellen die Konflikte, die aus den Aushandlungsprozessen von Interessen und Bedürfnissen unterschiedlichster Gruppen entstehen, Kommunen auf eine harte Probe. Faktoren, auf die kommunale Akteur*innen wenig Einfluss haben, wie z. B. Gemeindegebietsreformen, die Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie, die Ankunft vieler Geflüchteter oder der Umgang mit Folgen des Klimawandels befeuern mitunter bereits bestehende Konflikte auf lokaler Ebene oder werden zum Anlass für neue Auseinandersetzungen. Dabei ist beobachtbar, dass extremistische und rechtspopulistische Gruppierungen zunehmend Konflikte auf kommunaler Ebene für ihre eigenen Zwecke nutzen und über sie neue Anhänger*innen mobilisieren. Immer mehr Städte und Gemeinden nehmen eine zunehmende Spaltung und Polarisierung ihrer Bevölkerung wahr. Unter diesen teilweise schwierigen Umständen bemühen sich kommunale Akteur*innen darum, Aushandlungsprozesse in ihren Gemeinden in konstruktive Bahnen zu lenken und unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen gerecht zu werden.

Die vorliegende Publikation sammelt Beiträge, die aus Diskussionen und Forschungsergebnissen entstanden sind, welche auf der virtuellen Partnerfachtagung „Niemanden zurücklassen.“

Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels“ im November 2020 vorgestellt und weitergedacht wurden. Die Texte wurden in der ersten Jahreshälfte 2021 verfasst.

Die jährlich stattfindende Fachtagung bietet einen Raum für Austausch und Diskussion für Akteur*innen aus Kommunen, Ministerien, Wissenschaft und Praxis der Konfliktbearbeitung, mit denen das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung zusammenarbeitet. Die Formate während der Partnerfachtagungen – Fachvorträge, Diskussionsforen, Exkursionen, Workshops und Gespräche – tragen zur Weiterentwicklung des methodischen Ansatzes der Kommunalen Konfliktberatung bei und bieten die Möglichkeit über Themen zu Konflikten im kommunalen Raum zu diskutieren.

Die vorliegende Publikation bildet den ersten Band der Reihe „Einblicke in die Kommunale Konfliktberatung“. Das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung ist Herausgeber*in dieser Buchreihe, in der Konzepte und Diskussionen zum methodischen Ansatz der Kommunalen Konfliktberatung dargestellt werden.

Der Einführungsbeitrag dieser Publikation „Interventionsmöglichkeiten in Stadtgesellschaften in Zeiten extrem rechter Mobilisierung“ von **Prof. Dr. Heike Radvan** weist bereits zu Beginn der Publikation auf ein Dilemma in der konstruktiven Bearbeitung von Konflikten im kommunalen Raum hin. Am Beispiel von Bürgerdialogen, die die Stadt Cottbus als Reaktion auf das starke Auftreten des Vereins Zukunft Heimat organisierte, zeigt sie, wie schwierig es ist, solche Dialoge im demokratischen Rahmen zu halten. Sie weist auf die Gefahr hin, dass Bürgerdialoge als Bühnen für rechte

und rassistische Parolen und verschwörungsideologische Botschaften genutzt werden. Radvan warnt davor, extremistische Aussagen unwidersprochen stehen und dadurch ihre Wirkung entfalten zu lassen. Sie setzt sich dafür ein, klar gegen rechte Aussagen Stellung zu beziehen und nicht in den Dialog mit diesen Gruppierungen zu treten.

Die nachfolgenden drei Beiträge befassen sich zunächst mit der Einordnung der Begriffe Integration und Desintegration.

Die Uneindeutigkeit des Integrationsbegriffs beleuchtet **Dr. Dieter Reinhardt** in seinem Beitrag „Konkurrierende Konzepte in der Integrations- und Migrationspolitik“. Er führt aus, dass der Begriff, selbst wenn er ausschließlich auf die Integration von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsbiografie bezogen wird, grundlegend verschiedene Konzepte transportieren kann. Reinhardt fordert, die Begriffe Integration und Migration in laufenden Diskussionen kritisch zu hinterfragen, um dahinterliegende ideologische Strömungen und Gesellschaftsbilder in die Diskussion einbeziehen zu können.

Azizur R. Khan beleuchtet in seinem Beitrag „Identität & Integration – Einblicke aus der bangladeschischen Diaspora in Deutschland“ den Integrationsbegriff aus der Perspektive einer migrantischen Gemeinschaft. Am Beispiel der Bangladesch-Diaspora in Deutschland zeigt er, dass sich Konzepte von Integration auch in migrantischen Gemeinschaften in ihren Zielsetzungen und Mechanismen stark unterscheiden können. Er verweist darauf, dass migrantische Gemeinschaften nicht homogen sind, und Konflikte, die im Zusammenhang mit migrantischen Gemeinschaften oft auf vermeintliche

kulturelle Unterschiede zurückgeführt werden, ihre Wurzeln in anderen Themenfeldern haben können, wie z. B. in Generationenkonflikten, in Konflikten aufgrund von Bildungsunterschieden und unterschiedlichem sozialem Status oder in Geschlechterkonflikten. Khan setzt sich deshalb für eine Integrationspolitik ein, die der Vielfalt von Interessenslagen und Bedürfnissen in einer intersektionalen Gesellschaft gerecht wird.

Katharina Kullmann und **Astrid Heck** nähern sich dem Thema Integration in ihrem Beitrag über das Konzept der Desintegration. Dem Soziologen und Erziehungswissenschaftler Wilhelm Heitmeyer folgend stellen sie drei Dimensionen vor, die über Integration oder Desintegration der Bürger*innen in einer (Stadt-)Gesellschaft entscheiden: die Sozialstruktur, die Möglichkeiten politischer Teilhabe und die Identität des Einzelnen und der Gruppe. Kommunen kommt in der Förderung von Integration eine besondere Rolle zu. Zwar können sie die Sozialstruktur ihrer Bewohner*innenschaft nur bedingt beeinflussen. Als unterste Ebene der Verwaltungsstruktur der Bundesrepublik und als Orte, an denen Regeln des Zusammenlebens auf alltäglicher Basis verhandelt werden, spielen sie in der Identitätsbildung der Bevölkerung und im Erleben politischer Teilhabemöglichkeiten aber eine zentrale Rolle.

Im Fokus des zweiten Teils dieses Bandes stehen Herausforderungen und Chancen gesellschaftlichen Wandels. Die drei Beiträge beleuchten, wie in lokalen Konfliktkonstellationen unterschiedlichste Interessen und Bedürfnisse verhandelt werden können.

In ihrem Artikel „Lokale Konfliktkonstellationen oder: Was hat die Geschichte eines Ortes mit Konfliktodynamiken zu tun?“ zeigen

Prof. Dr. Katrin Grossmann und **Dr. Ulrike Gatzemeier** am Beispiel des Baus einer orthodoxen Kirche in der Stadt Bebra, wie in einem Konflikt um ein vermeintliches Integrationsthema Kontextbedingungen wie z. B. eine Verwaltungsreform sowie Abwertungs- und Ungerechtigkeitsverfahren aus der Vergangenheit verhandelt wurden. Sie weisen Vertreter*innen aus Kommunalpolitik und -verwaltung eine besondere Verantwortung dafür zu, de-eskalierend und konstruktiv auf lokale Konflikte einzuwirken.

Dr. Fritz Reusswig zeigt in seinem Beitrag „Lokale Energie- und Klimakonflikte. Die Energiewende birgt lokales Konfliktpotenzial“ wie politische Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene in einer globalen Klimakrise zu Konflikten führen können, mit denen sich Kommunen auseinandersetzen müssen. Er erläutert, dass die Energiewende zwar vor allem durch den hohen Energieverbrauch der Städte an Brisanz gewinnt, die Folgen dieser Wende jedoch überwiegend von der Bevölkerung ländlicher Regionen getragen werden müssen. Dort wird die Klimakrise von populistischen Bewegungen zur Mobilisierung genutzt. Reusswig mahnt einen gerechten und sozialverträglichen gesellschaftlichen Wandel an, nicht zuletzt, um populistischen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Thomas Weidlich befasst sich in seinem Beitrag mit den Corona-Protesten im ersten Jahr der Pandemie. Er warnt davor, zu vereinfachenden Verallgemeinerungen zu greifen und die Corona-Proteste des Pandemiejahres 2020 pauschal als rechtspopulistisch zu definieren. Weidlich verweist auf die große Diversität der Protestierenden und zeigt die Vielfalt ihrer Motive auf. In einer demokratischen, diversen und pluralistischen Gesellschaft, so Weidlich,

sind auch die Debatten um Fragen des Zusammenlebens vielfältig, voller Widersprüche und Spannungen. Er erkennt die Gefahr durch antidemokratische und menschenfeindliche Kräfte, die die Corona-Debatten für sich nutzen. Dabei ermutigt er die Leser*innen dazu, Andersdenkenden als „gleichwürdig“ zu begegnen und mit einer offenen und lernenden Haltung in Auseinandersetzungen zu gesellschaftspolitischen Fragen zu gehen.

Der dritte Abschnitt des Bandes richtet den Blick auf die Frage, welche Möglichkeiten zur Konfliktbearbeitung Kommunen zur Verfügung stehen. Ein verbindendes Element zwischen den vier Beiträgen dieses Abschnitts ist die Bedeutung, die dem Instrument des Dialogs in der Aushandlung von Fragen des Zusammenlebens eingeräumt wird, auch und gerade in Debatten, die stark polarisiert sind.

In seinem Beitrag „Ehrenamtliche Organisationen als Räume demokratischen Aushandelns und Lernens am Beispiel Bautzen“ befasst sich **Sven Messerschmidt** mit der starken Polarisierung der Stadtgesellschaft in Bautzen. Hier, so seine These, spielen Vereine, Gremien und Initiativen eine wichtige Rolle als Kommunikations- und Dialogräume. Durch die Verbundenheit über gemeinsame Ziele und Interessen können Bewohner*innen einer Stadt auch über unterschiedliche, sich widersprechende Ansichten hinweg noch Debatten über Fragen des Zusammenlebens aufrecht und demokratische Aushandlungsprozesse in Gang halten. Für Messerschmidt kann die Stärkung solcher Aushandlungsräume ein wichtiger Baustein in einer konstruktiven Bearbeitung von Konflikten sein.

Sebastian Salzmann und **Dr. Johannes Hoppe** untersuchen die Rolle von Konfliktberatung in kommunalen Konflikten. Sie sehen eine Stärke der Konfliktberatung darin, dass sie den Dialog auch zwischen Gruppen mit vermeintlich gegensätzlichen Positionen aufrechterhalten und Gesprächsformate so gestalten kann, dass sie antidemokratischen Kräften keine Bühne bieten. Die Kommunale Konfliktberatung, so wie sie vom VFB Salzwedel e.V. und dem forumZFD e.V. angeboten wird, betrachtet die konkrete Situation vor Ort und hört auf Interessen und Bedürfnisse hinter geäußerten Positionen. Gerade in stark polarisierten Konflikten, in denen Austausch und Gespräch wenig stattfindet, kann dies dazu beitragen, die Diskussion um die „eigentlichen Themen“ wieder aufzunehmen.

Anna Stein beschreibt in ihrem Beitrag „Dialogformate in Kommunen. Beispiele und besondere Herausforderungen für gelungene Beteiligung im ländlichen Raum“ Dialogformate als Mittel, Teilhabe zu schaffen und Demokratie erlebbar zu machen. In Sachsen-Anhalt konnten viele Bewohner*innen nach der Gemeindegebietsreform von 2010 noch keine Identifikation mit ihrer Kommune entwickeln, so Stein. Gezielt eingesetzte Dialogformate können in solchen Gemeinden eine wichtige Rolle dabei spielen, Bürger*innen an der Gestaltung des Zusammenlebens zu beteiligen, Selbstwirksamkeit spürbar werden zu lassen und die Identifikation mit der Gemeinde zu stärken. Dadurch können Dialogformate dazu beitragen, Desintegrationsprozessen entgegenzuwirken.

Eine zunehmende Rolle in der Austragung von Konflikten spielt mittlerweile das Internet, insbesondere die sozialen Medien. **Krischan Oberle** erklärt in seinem Beitrag „Virtuell an realen

Konflikten arbeiten – Chancen und Risiken für die Konfliktbearbeitung“, wie das Internet zunehmend auch als Ort der konstruktiven Konfliktbearbeitung genutzt werden kann. Über das Internet, so Oberle, ist eine niedrigschwellige Ansprache von Bevölkerungsgruppen möglich, die auf anderen Wegen eventuell nicht erreicht werden (z. B. Jugendliche oder Geflüchtete). Gleichzeitig zeigt Oberle auch Grenzen der Konfliktbearbeitung im Netz auf: So sind Menschen mit Diskriminierungserfahrung in der analogen Welt auch im Netz besonders häufig Angriffen und Gewalt ausgesetzt. Dies bringt Bürgermeister*innen und Verwaltungsangestellte unter Umständen in eine Zwickmühle. Als Vertreter*innen des Staates haben sie unter anderem die Aufgabe, die Verfassung zu schützen. Dazu gehört auch, verfassungsfeindlichen Aussagen entgegenzutreten. Gleichzeitig verlangt ihr Amt, dass sie die Belange einer breiten und diversen Bewohner*innenschaft in ihre Entscheidungen einbeziehen. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Verunsicherung (z. B. durch die Covid-19-Pandemie) ziehen populistische und extremistische Gruppierungen mit ihrer vermeintlichen Eindeutigkeit orientierungslose Menschen aus allen Bevölkerungsschichten an.

Sylvia Lustig empfiehlt in ihrem Schlusswort mehr Mut zur Komplexität. Mit Bezug auf die Beiträge in diesem Band vertritt sie die Meinung, dass eine zentrale Voraussetzung für konstruktive Konfliktbearbeitung die Bereitschaft ist, genau zuzuhören und die Interessen und Bedürfnisse hinter Aussagen verstehen zu wollen. Lokale Konstellationen sind, so Lustig, so vielfältig wie die Motive der beteiligten Menschen. Beides muss genau betrachtet werden, um Konflikte zielgerichtet und nachhaltig bearbeiten zu können. Sie spricht sich dafür aus, sich von Vereinfachungen wie

die gegenseitige Einordnung in politische und weltanschauliche Lager zu lösen und die Vielschichtigkeit der jeweiligen Situation anzuerkennen.

Der vorliegende Band ist ein Plädoyer dafür, sich im Namen einer konstruktiven Konfliktbearbeitung aufeinander einzulassen und in den Dialog miteinander zu gehen. Thomas Weidlich bringt es in seinem Artikel auf den Punkt: „Raus aus unseren Szenen – rein in die Auseinandersetzung mit denen, die so anders ticken. Denn: Demokratie ist keine Komfortzone.“

*Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung
des VFB Salzwedel e.V. im Mai 2022*

Interventionsmöglichkeiten in Stadtgesellschaften in Zeiten extrem rechter Mobilisierung

Prof. Dr. Heike Radvan

Nicht erst seit 2015 beobachten wir in West- und Ostdeutschland, dass extrem rechte Gruppierungen in Stadtgesellschaften mobilisieren. Diese Akteur*innen nutzen die Aufnahme von Geflüchteten verstärkt, um migrationsfeindliche Diskurse und eine rassistische Atmosphäre zu etablieren. Sie versuchen, ihre Ideologie zu verbreiten, an weit verbreitete Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft anzuschließen und neue Anhänger*innen zu gewinnen. Ziel ist es, Dominanz in öffentlichen Diskursen und Räumen zu erlangen. Diese Mobilisierungen und damit verbundene Strategien sind nicht neu, so zielten extrem rechte Gruppierungen z. B. in den 1990er Jahren darauf ab, sogenannte national befreite Zonen zu errichten. Was dies für Betroffene bedeutete, aber auch für die Alltagskultur der jeweiligen Kommunen, erfährt man u. a. in der aktuellen Debatte zu den Baseballschlägerjahren. In diesem Beitrag geht es um die Frage, was Stadtgesellschaften und die in ihr aktiven demokratischen Akteur*innen tun können, um den Dominanzbestrebungen (extrem) rechter Kräfte wirksam etwas entgegenzusetzen. Im ersten Teil beziehe ich mich auf die Frage der Gestaltung des öffentlichen Diskurses in Kommunen, im zweiten Teil wird die Frage breiter mit Erkenntnissen aus der mehrjährigen Präventionsarbeit diskutiert.

Seit mehreren Jahren entscheiden sich Kommunen in Reaktion auf (extrem) rechte Mobilisierungen, Bürger*innendialoge

durchzuführen. Im Sinne deliberativer Demokratie ist es das Ziel, ein Gesprächsangebot zu machen. Dass es jedoch äußerst schwierig ist, diese Veranstaltungen so durchzuführen, dass sie in einem demokratischen Rahmen verbleiben, zeigen exemplarische Verläufe in Dresden und Leipzig, die auch überregional kritisch debattiert werden. Teilnehmer*innen der völkisch-autoritären Gruppen Pegida und Legida dominierten den Diskursverlauf der Bürgerdialogs-Veranstaltungen, rassistische, antisemitische oder verschwörungs-ideologische Aussagen wurde nicht oder wenig wirksam entgegnet. Vielmehr entfalteten diese ihre Wirkung. Betroffene von Rassismus und Diskriminierung wurden in vielen Fällen nicht vor diesen Erfahrungen auf den Veranstaltungen geschützt. Als Cottbus im Jahr 2017 von einer starken Mobilisierung des Vereins Zukunft Heimat, einem Zusammenschluss extrem rechter Gruppen, betroffen war, entschieden sich Politiker*innen, Bürgerdialogs-Veranstaltungen in verschiedenen Stadtteilen durchzuführen. Die Atmosphäre war in der Stadt infolge regelmäßiger Demonstrationen zu dieser Zeit geprägt von der damit einhergehenden Hetze sowie Bedrohungen und Gewalt gegen Migrant*innen, Journalist*innen und demokratisch engagierten Akteur*innen (Fröschner/Warnecke, 2019).

Wir (Raab/Radvan, 2020) fragen mit unserer Forschung, welche Inhalte auf den Bürger*innendialog-Veranstaltungen in Cottbus thematisiert werden und welche sich im Verlauf als die relevanten durchsetzen. Und wir fragen anwendungsbezogen, wie die Veranstaltungen so vorbereitet und durchgeführt werden können, dass der Diskurs im demokratischen Rahmen verbleibt und der Schutz vor Diskriminierung gewährleistet ist. Im Folgenden benenne ich – kurz und knapp – Empfehlungen, die wir auf Basis der Forschungsergebnisse formulieren.

- Zuallererst sei dabei auf die Notwendigkeit verwiesen, dass politisch Verantwortliche sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren und somit den Anlass der Bürgerdialoge benennen. Eine ausbleibende Problembestimmung – so zeigt die Forschung – ebnet den Weg für völkisch autoritäre Aussagen, mit denen Migration grundsätzlich defizitär und konflikthaft dargestellt wird und damit zur „Mutter aller Probleme“ konstruiert wird, wie von Bundesinnenminister Horst Seehofer im September 2018 in Bezug auf Wahlerfolge der Partei AfD (Roßmann, 2018).
- Angesichts eines nicht zu unterschätzenden Handlungsdrucks ist es zudem sinnvoll, Antwortstrategien in Reaktion auf völkisch autoritäre Positionen zu bedenken: Die Forschung zeigt, dass ein stark verständnisorientiertes, im Immanenten verbleibendes Antwortverhalten politisch Verantwortlicher und der Moderator*innen damit einhergeht, dass rassistische Aussagen nicht wirksam entkräftet werden. Vielmehr entfalten diese ihre Wirkung, wenn ihren Inhalten zugestimmt wird oder diese übernommen werden.
- (Selbst)Kritisch zu thematisieren wären zudem Differenzkonstruktionen, mit denen einem „Wir“ in Cottbus verschiedene „Andere“ gegenübergestellt werden, denen Abwertungen und Verantwortung für Probleme zugeschrieben werden, z. B. „die Bundesregierung“, „überregionale Medien“, „die Antifa“ etc.

- Grundsätzlich können verständliche Regeln des kommunikativen Miteinanders – vermittelt am Beginn einer Veranstaltung – einen Diskursverlauf ermöglichen, in dem Diskriminierungen und Gerüchten frühzeitig und wirksam entgegnet wird.
- Bereits im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit kann darauf geachtet werden, dass alle Einwohner*innen angesprochen werden und somit deren Vielfalt auf den Veranstaltungen repräsentiert wird. Auch auf diesem Wege diversifiziert sich der Diskurs und Vereinseitigungen wird bereits präventiv begegnet. Grundsätzlich ist es sinnvoll, überhöhte Wirkungsannahmen an diese Veranstaltungen zu hinterfragen: Inwiefern ein Zuhören und „Dampf ablassen“ wirksam sei, um die Diskursstrategien (extrem) rechter Akteur*innen einzuhegen, darf bezweifelt werden. Vielmehr zeigt die Forschung, dass das Gegenteil eintritt, wenn auf den untersuchten Veranstaltungen ein völkisch-autoritäres Agendasetting gelingt. Insofern wäre auch angezeigt, über alternative, kleinteiligere Formate und problemorientierte Fragestellungen nachzudenken.

Im zweiten Teil des Textes soll an diese, den öffentlichen Diskurs betreffenden Überlegungen, angeknüpft und gefragt werden, wie Kommunen – grundsätzlicher gedacht – wirksam auf extrem rechte Mobilisierungen reagieren können, um eine demokratische Alltagskultur sicherzustellen. Ich beziehe mich hierbei auf vorliegende Forschung ¹ sowie auf die Expertise insbesondere der Amadeu

¹ Analysegrundlage vgl. u.a. Berg/Palloks/Steil, 2007; Borstel/Heinrich, 2010; Bringt, 2021; Masuch, 2006; Quent/Schulz, 2015; Rommelspacher, 2003; Raab/Radvan, 2020; Simon, 2020.

Antonio Stiftung und deren Partner*innen aus der langjährigen Prävention, vor allem jener zur Auseinandersetzung in Stadtgesellschaften, die von extrem rechter Mobilisierung in ostdeutschen Kommunen betroffen sind. Der Fokus liegt hierbei auf der Rolle von Zivilgesellschaft und Expert*innen, die in verschiedenen Bereichen der Prävention und der Gestaltung demokratischer, vielfältiger Alltagskulturen tätig sind. Die Rolle strafrechtlicher Verfolgung, staatlicher Repression gegenüber extrem rechten Gruppen und Akteur*innen wird hier nicht dezidiert benannt, aber vorausgesetzt.

Um einen atmosphärischen Wandel in Stadtgesellschaften zu ermöglichen, die von extrem rechten Mobilisierungen betroffen sind, braucht es (1.) eine proaktive, deutliche Positionierung für demokratische Werte und gegen extreme Rechte von politisch Verantwortlichen und öffentlichen Personen. Dass dies eine wichtige und notwendige Bedingung ist, zeigt die Forschung zu Stadtgesellschaften, die im Verlauf der vergangenen Jahrzehnte mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert waren. Das beinhaltet auch die Unterstützung für Betroffene rechter Gewalt und damit verbundene Positionierung gegen Alltagsrassismen und andere Diskriminierungsformen. Basis dieser Positionierung ist eine fundierte und mit möglichst vielen Akteur*innen abgestimmte Strategie in der Arbeit für demokratische Kultur und gegen Rechts extremismus in der Stadt. Ergänzend hierzu bedarf es (2.) einer strukturell abgesicherten Unterstützung, psychosozialen und juristischen Beratung von Betroffenen rechter Gewalt und Diskriminierung. Hilfreich ist (3.) die Unterstützung und (strukturelle) Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, die sich für emanzipatorische Ziele in der Stadt einbringen. Das betrifft insbesondere das Empowerment und die Förderung der Selbstorganisation

marginalisierter Gruppen, vor allem People of Color, Zugewanderte, Jüdinnen und Juden, LSBTIQ, Menschen mit Beeinträchtigungen, Sinti*zze und Rom*nja. Um ihr Potential zur Gestaltung einer demokratischen Stadtgesellschaft – auch im Sinne von Diversität – einbringen zu können und um Selbstorganisation zu unterstützen, braucht es strukturelle Förderung. Mit der Stärkung dieser Gruppen geht ein Zurückdrängen extrem rechter Gruppierungen und deren Aktivitäten und Dominanz einher. Sinnvoll ist (4.) eine aktivierende Vernetzung der verschiedenen Akteur*innen und Expert*innen, die in verschiedenen Bereichen der Prävention fachlich fundiert und wirksam arbeiten. Professionelle Gemeinwesenarbeit kann (5.) im Sinne der Ermöglichung von Anerkennungs- und Selbstwirksamkeitserfahrungen aller Einwohner*innen demokratische Stadtentwicklungsprozesse begleiten. Ziel ist die partizipative Gestaltung von Stadtteilen auf Basis demokratischer Werte. Besondere Bedeutung kommt (6.) neben vielfältigen, generationenübergreifenden Angeboten in den Bereichen formaler, informeller und nonformaler Bildung sowie entsprechenden demokratischen Öffnungsprozessen in Bildungseinrichtungen dem Bereich politischer Bildungsarbeit zu, insbesondere auch der lokalhistorischen Recherche und Debatte. Sinnvoll ist zudem (7.) ein kontinuierliches und unabhängiges Monitoring, Dokumentation und Analyse von Aktivitäten und Netzwerken der extrem rechten Szene und die damit verbundene Erforschung von Gelingensbedingungen demokratischer zivilgesellschaftlicher Gegenaktivitäten. Mit der Kommunikation der Forschungsergebnisse ist die Initiierung öffentlicher Diskurse verbunden und eine mögliche Aktivierung weiterer Engagierter für ein demokratisches Miteinander in der Stadt. Grundsätzlich braucht es professionelle Angebote in den Bereichen sekundärer und tertiärer Prävention

im Umgang mit Jugendlichen und Erwachsenen, die sich in extrem rechte Gruppen und Ideologie hinein orientieren oder bereits organisiert sind.

In diesem Artikel werden sehr knapp und pointiert komplexe Zusammenhänge aus Forschung und Praxis vermittelt zur Frage, wie Kommunen unterstützt werden können, angesichts extrem rechter Mobilisierungen eine demokratische Alltagskultur zu etablieren und sicherzustellen. Vor dem Hintergrund gesamtgesellschaftlicher Veränderungen in eine politisch rechte Richtung – die hier am Beispiel der Stadt Cottbus beschrieben sind – zeigt sich, welche Verantwortung demokratisch positionierten Akteur*innen vor Ort zukommt, aber auch welche Herausforderungen damit verbunden sind und an welchen Stellen Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten bestehen. In diesem Sinne: Positive Veränderungen hin zu einer demokratischeren Alltagskultur sind möglich, Gemeinwesen können dies (mit) voranbringen.

Autorin:

Dr. Heike Radvan, Dipl.-Sozialarbeiterin/Sozialpädagogin und Erziehungswissenschaftlerin, Professorin am Institut Sozialer Arbeit an der BTU Cottbus-Senftenberg mit den Schwerpunkten Rechtsextremismusprävention und Gemeinwesenarbeit.

Literatur:

Berg, H. L. von, Palloks, K., Steil, A. (2007).
Interventionsfeld Gemeinwesen.
Weinheim und München: Beltz Juventa.

Borstel, D., Heinrich, G. (2010).
Möglichkeiten erfolgreicher Auseinandersetzung mit dem
Rechtsextremismus im ländlichen Raum.
In: H. Buchstein, G. Heinrich (Hrsg.): Rechtsextremismus in
Ostdeutschland – Demokratie und Rechtsextremismus im
ländlichen Raum (507–520).
Schwalbach: Wochenschau Verlag.

Bringt, F. (2021).
Umkämpfte Zivilgesellschaft: Mit menschenrechtsorientierter
Gemeinwesenarbeit gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit.
Opladen/Berlin/Toronto: Verlag Barbara Budrich GmbH.

Fröschner, J., Warnecke, J. (2019).
„Was interessiert mich denn Cottbus?“ Dynamiken rechter
Formierung in Südbrandenburg: Der Verein Zukunft Heimat.
Potsdam: Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt,
Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Masuch, S. (2006).
Eberswalde – Portrait einer Stadt. Anomietendenzen,
Ordnungsbewegungen und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft.
Frankfurt a.M.: Peter Lang.

Raab, M., Radvan, H. (2020).

Dialog-Veranstaltungen als Demokratisierung? Eine Analyse der Bürgerdialoge in Cottbus in Zeiten völkisch autoritärer Mobilisierung: Ergebnisse eines Forschungsprojektes, MIKOWA Arbeitspapiere, MIKOWA – Forschungsplattform Migration, Konflikt und sozialer Wandel; Nr. 1, 2020. URL: https://www-docs.b-tu.de/mikowa/public/MIKOWA_Working_Paper_1_%20Radvan_Raab.V4.pdf [zuletzt aufgerufen: 06.10.2020].

Rommelspacher, B. (2002).

Evaluation des Bundesprogrammes CIVITAS initiativ gegen Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern, unveröffentlichtes Arbeitspapier.

Roßmann, R. (2018).

Seehofer zeigt Verständnis für Demonstranten.

In: Süddeutsche Zeitung, 06.09.2018,

URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/horst-seehofer-chemnitz-1.4118883> [zuletzt abgerufen: 08.06.2021].

Quent, M., Schulz, P. (2015).

Rechtsextremismus in lokalen Kontexten – Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer.

Simon, T. (2020).

Rechtsextreme und rechtspopulistische Vormachtstellungen in prekären ländlichen Räumen. In: L. Berg, J. Üblacker (Hrsg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte (155-176).

Bielefeld: Transcript Verlag.

Teil 1.

Einordnung von Integration und Desintegration

Konkurrierende Konzepte in der Integrations- und Migrationspolitik

Dr. Dieter Reinhardt

In den letzten drei Jahrzehnten haben sich die Definitionen der Ziele und Instrumente staatlicher Integrationspolitik und die entsprechende Gesetzgebung in Deutschland stark verändert. Die zwei Bundesregierungen 1991-1998 unter Kanzler Helmut Kohl hielten noch fest an einem Integrationsbegriff, der sich auf die ‚deutsche Leitkultur‘ bezog. In den rot-grünen Bundesregierungen 1998-2005 und den Bundesregierungen seit 2005 unter der Kanzlerin Angela Merkel vollzog sich langsam eine Abkehr von diesem Leitkultur-Konzept. Es wurde stattdessen innerhalb dieser Koalitionen zunehmend ein Integrations- und Migrationskonzept befürwortet, das Deutschland als Einwanderungsland für ausgewählte qualifizierte Arbeitskräfte und als Land kultureller Vielfalt bezeichnet. Das Konzept kann deswegen auch als neoliberales Konzept bezeichnet werden. Allerdings wurde und wird diese Abkehr vom Leitkultur-Konzept nicht von allen Bundesministerien, Landesregierungen und Kommunen gleichermaßen mitgetragen. Auch zwischen Migrant*innenorganisationen, von denen einige enge Beziehungen zu staatlichen Stellen aufgebaut haben, gibt es starke Unterschiede in der Definition der Ziele der Integrationspolitik.

In der Debatte um die Integrations- und Migrationspolitik können – in Anlehnung an Petrus Hahn und Krassimir Stojanov – vier idealtypische Grundpositionen unterschieden werden (Han, 2016: 330-332; Stojanov, 2020: 101-114): Die rechtsextremistisch-völkische, die nationalkonservative, die neoliberale und die inklusiv-demokratische Position. Jede dieser Positionen verbindet z. B. mit Begriffen wie *Flüchtling*, *Migration*, *Migrationshintergrund*, *kulturelle Vielfalt* oder *Integration* sehr unterschiedliche oder auch entgegengesetzte Bewertungen. Die rechtsextremistisch-völkische Position propagiert einen ‚völkisch-homogenen‘ Nationalstaat und die nationalkonservative Position beharrt auf dem Konzept der ‚deutschen Leitkultur‘, der sich Migrant*innen unterordnen. Die neoliberale und die inklusiv-demokratische Position lehnen zusammen die völkische und die konservativ-nationale Position vehement ab, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Die neoliberale Position betont den ökonomischen Nutzen eines umfassenden und vielfältigen Angebots von Arbeitskräften in einer globalisierten Wirtschaft und lehnt deshalb eine nationale Abschottungspolitik ab. Die inklusiv-demokratische Position betont hingegen die Bedeutung der längst überfälligen Umsetzung demokratischer Normen einer pluralen Demokratie und befürwortet eine inklusive, egalitäre und sozio-ökonomische Entwicklung.

Die neoliberale und die inklusive-demokratische Position werden im Folgenden näher vorgestellt. Zur Beschreibung der neoliberalen Position eignen sich Stellungnahmen der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zur Beschreibung der inklusiven-demokratischen Position das Konzept der „postmigrantischen Gesellschaft“ (Foroutan, 2019).

Alle zwei Jahre veröffentlicht die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration einen Integrationsbericht. Der letzte Bericht wurde von der amtierenden Beauftragten, der Staatsministerin im Bundeskanzleramt Annette Widmann-Mauz, 2019 veröffentlicht (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2019). In dem Bericht wird gefordert, den unpräzisen Begriff „Migrationshintergrund“ durch eine „deutliche Differenzierung“ zu ersetzen (ebd.: 25):

„Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht nur ethnisch, kulturell und religiös verschieden. Sie unterscheiden sich darüber hinaus – ebenso wie Menschen ohne Migrationshintergrund – in Bezug auf zahlreiche weitere Identitätsmerkmale wie etwa: Alter, Geschlecht, sexuelle Orientierung, soziale Herkunft, Einkommen, Bildungsniveau und Arbeitsfelder. Sie sind wie alle Personen in unserer Gesellschaft von verschiedenen Lebensformen und Identitätsmerkmalen geprägt, die sie mit anderen Individuen oder Sozialgruppen unabhängig von der Migrationserfahrung gemein haben.“ (ebd.: 36).

Der Bericht schlägt „vielfaltsorientierte Integrationsmaßnahmen“ vor, die sich nicht mehr beziehen auf die „kulturelle und ethnische Herkunft oder eine vermeintliche Gruppenidentität“ sondern auf die „individuellen Qualifikationen, Kompetenzen, Erfahrungen, Talente und Interessen einer Person“. „Vielfalt ist kein negativer Kostenfaktor“, sondern eine „Chance für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Wachstum.“ (ebd.: 37).

Eine inklusiv-demokratische Position vertritt Naika Foroutan in ihrem Buch „Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen

der pluralen Demokratie“ (Foroutan, 2019). Sie ist die Leiterin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM). Foroutan lehnt – in ähnlicher Form wie auch der Bericht der Integrationsbeauftragten – die simplifizierende und sich an ethnischer Zugehörigkeit orientierende „binäre Codierung in *Migranten* und *Einheimische*“ ab (ebd.: 19, Hervorhebung im Original). Die deutsche Gesellschaft habe sich bereits zu einer vielfältigen „Einwanderungsgesellschaft“ (ebd.: 36ff.) entwickelt, in der es neue, intensiviertere und auch konfliktive Aushandlungsprozesse gibt. Damit sei sie zu einer „post-migrantischen“ (ebd.: 224) Gesellschaft geworden. Diese Gesellschaft mit ihrer „pluralen Demokratie“ (ebd.: 70) müsse allerdings kontinuierlich durch „postmigrantische Allianzen“ (ebd.: 198ff.) verteidigt werden. Das „Spektrum“ dieser Allianzen ist „sehr heterogen und umfasst Konservative, Liberale und Linke, Alte wie Junge, migrantische und nicht-migrantische Personen gleichermaßen entlang der Haltung, ob Demokratien grundsätzlich allen Menschen gleiche Rechte zukommen lassen sollten“ (ebd.: 225).

Die Teilnehmenden des Workshops auf der Partnerfachtagung im November 2020 diskutierten kontrovers, ob es eine gesellschaftliche Mehrheit gibt, die die Argumente der inklusiv-demokratischen Position des Konzepts von Foroutan teilt. Es wurde außerdem diskutiert, ob die von Foroutan beschriebene „postmigrantische Allianz“ bereits existiert oder es sich noch um eine nicht erfüllte Zukunftsvision handelt. Die Teilnehmenden tauschten sich darüber aus, inwieweit politisch aufgeladene Begriffe zwangsläufig zu kurz greifen. Deutlich wurde im Gespräch, dass ein Begriff wie „Migrationshintergrund“ immer Gefahr läuft, Vielfalt und Komplexität zu reduzieren. Außerdem diskutierten die Teilnehmenden darüber,

inwiefern eine utilitaristische Perspektive auf Migration, die wirtschaftliche Vorteile von Migration in den Vordergrund stellt, problematisch ist. Es wurde gefordert, stärker wahrzunehmen, wie Personen mit Migrationsgeschichte selbst ihre Situation beschreiben und diese Selbstdefinition ernst zu nehmen, anstatt einen von migrantischen Erfahrungen abgekoppelten Diskurs darüber zu führen, welche Bezeichnungen und Begrifflichkeiten angemessen sind.

Die Diskussion über Begrifflichkeiten zeigt, dass es bei der Auseinandersetzung mit politisch aufgeladenen Begriffen im Integrationsdiskurs um weit mehr als um bloße Definitionen geht. Aus der verwendeten Sprache lassen sich Einstellungen und Positionen ableiten, die Aufschluss über verschiedene Vorstellungen von Gesellschaft geben. Auch oder gerade in der Kommunalen Konfliktberatung müssen diese Positionen beleuchtet werden und die Begriffe laufend kritisch hinterfragt werden. Kern der Beratung ist es, mit Menschen zu reden und nicht über sie.

Autor:

Dr. Dieter Reinhardt ist Politikwissenschaftler und Mitarbeiter am Südasien-Institut der Universität Heidelberg. Er war zuvor tätig am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg und an der Hochschule Rhein-Waal. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. UN-Missionen in Gewaltkonflikten und humanitäre Hilfe, Regionalisierung in Südasien und sino-indische Beziehungen und Migrationspolitik.

Literatur:

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2019).

Deutschland kann Integration: Potenzial fördern, Integration fordern, Zusammenhalt stärken, 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. URL: <https://www.integrationsbeauftragte.de/resource/blob/1872554/1876888/98e849dd7baa9d2358553dbc6aa1d946/lagebericht-12-data.pdf?download=1> [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Foroutan, N. (2019).

Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie.

Bielefeld: Transcript Verlag.

Han, P. (2016).

Soziologie der Migration. 4. Auflage,
Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.

Stojanov, K. (2020).

Inklusion statt Integration als Leitbegriff für Migrationspolitik?
In: M. Spieker, C. Hofmann (Hrsg.), Integration, Teilhabe und Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft (101-114).
Berlin/Tutzing: Nomos.

Identität & Integration – Einblicke aus der Bangladesch-Diaspora in Deutschland

Azizur Rahman Khan

Bangladeschische Staatsangehörige gehören zu den am schnellsten wachsenden Migrant*innengruppen der Welt. Neben den Diaspora-Gemeinschaften im Nahen Osten und Südostasien nimmt auch die Migration nach Europa und Deutschland zu. Es gibt keine gesicherten Daten über die Anzahl der Menschen, die zur bangladeschischen Diaspora in Deutschland gehören. Die Zahl wird auf etwa 30.000 Menschen geschätzt. Bis auf einige wenige Indigene und Hindus sind die meisten von ihnen Muslime.

Dieser Text stellt erste Ergebnisse der Aktionsforschung zur Integration der bangladeschischen Diaspora in Deutschland vor. Diese beschreiben interne Konflikte innerhalb der bangladeschischen Community, erläutern wie Identitätskonflikte die Interpretation von und die Einstellung zu Integration beeinflussen und was dies für Ansätze von Integration bedeutet.

Diaspora-Diskurs, der auf Integration hinweist

Bei der Beschreibung von kulturellem Verhalten in Bezug auf Integration wird innerhalb der bangladeschischen Diaspora häufig die Formulierung „sie verhalten sich wie Deutsche“ verwendet. Diese Aussage hat verschiedene Konnotationen, sowohl positive als auch negative. Sie wird verwendet, um sowohl Akzeptanz als auch Ablehnung der „anderen“ Kultur auszudrücken. Jemanden zu beschreiben, der/die die deutsche Sprache gut beherrscht, indem man sie/ihn mit einer/

einem Muttersprachler*in vergleicht, ist die positive Konnotation hinter dieser Aussage. Es gibt aber auch Gegenbeispiele. Zum Beispiel werden Frauen, die ein Kleid tragen, das nicht der bangladeschischen Kleiderordnung entspricht, in der Regel abgewertet. Ebenso kann das Trinken von Alkohol oder das Essen von nicht-halal Essen und das Pflegen einer engen Freundschaft mit „anderen“ als „sie verhalten sich wie Deutsche“ beschrieben werden, was negativ konnotiert ist. Die Verwendung der Phrase im Diskurs zielt also auf die eigene Kultur und spiegelt wider, ob sie im Diaspora-Kontext als geschätzt und praktiziert empfunden wird. Es geht nicht primär um die „andere“ Kultur, sondern um ein Spiegelbild des eigenen kulturellen Verhaltens.

Es ist wichtig zu beachten, dass die Bewertung kulturellen Verhaltens auch andere Bedeutungen transportieren kann. Viele aus der bangladeschischen Diaspora betrachten ihre Kultur aus der Perspektive ihrer religiösen Identität. So kann die Aussage „sie verhalten sich wie Deutsche“ in Bezug auf das Essen von Halal-Essen, das Tragen von bestimmter Kleidung, das Vermeiden von alkoholischen Getränken oder das Mischen mit Nicht-Muslimen gleichzeitig eine negative Bewertung in Bezug auf Religion sein. Wenn Kleidung, Essen, Kontakte und Freundschaften als „von unserer Religion nicht erlaubt“ angesehen werden, dann verschiebt sich der Bezug von „Bangladeschi-Kultur“ zu „muslimischer Kultur“.

Integrationstypen

Bislang haben wir fünf verschiedene Typen von Integrationsansätzen in der bangladeschischen Diaspora identifiziert. Die Unterschiede beziehen sich auf das jeweilige subjektive Verständnis von Identität und die Einstellung zur Kultur des Einwanderungslandes:

- Assimilations-Typ: Assimilation bedeutet, die „andere“ Kultur als positiv zu bewerten, da sie als liberal angesehen wird. In der Regel sind Menschen mit säkularem Hintergrund an der neuen Kultur interessiert und bereit, sich an diese anzupassen. In manchen Fällen romantisieren sie die neue Kultur.
- Austausch-Typ: Bei diesem Typ sind sich die Menschen ihrer eigenen säkularen und liberalen Tradition sowie ihrer eigenen ethnischen Identität bewusst. Sie sind sowohl bereit, ihre eigene ethnolinguistische Kultur zu praktizieren, als auch sich kulturell auszutauschen.
- Toleranz-Typ: Hier sind die Menschen sowohl liberal als auch konservativ, sind sich ihrer religiösen Identität bewusst und passen selektive Praktiken an den neuen Kontext an.
- Widerstands-Typ: Dies sind Menschen, die fundamentalistische religiöse Ansichten haben und ethnolinguistische oder multiple Identitäten ablehnen. Sie betonen die religiöse Identität.
- Solidaritäts-Typ: Linksgerichtete kritische Denker*innen, die an den Internationalismus glauben und bereit sind, zur gesellschaftlichen Entwicklung als gemeinsamen Kampf für die Zukunft beizutragen.

Die oben genannten Typen haben widersprüchliche Ansichten in Bezug auf ihre eigene Kultur und die „andere“ Kultur. Zwischen ihnen treten auch andere interne Konflikte auf, nämlich Konflikte

aufgrund von Klasse, Geschlecht, Parteizugehörigkeit, Generationsunterschieden und Fragen der Identität. Diese Konflikte lassen sich nicht einfach trennen, sondern überschneiden sich. So werden z. B. Klassen- und Geschlechtsidentität auch durch religiöse und ethnolinguistische Identitätsvorstellungen geprägt und entlang dieser Linien verhandelt.

Integration angehen: Interne Konflikte berücksichtigen

Im März 2020 hat Deutschland ein neues Fachkräfteeinwanderungsgesetz eingeführt, das Fachkräften die Zuwanderung nach Deutschland ermöglicht. In Zukunft werden vermutlich mehr Menschen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen nach Deutschland migrieren. Die Politik und Strategie der „Steuerung der Integration von Zuwanderern in Deutschland“ ist in erster Linie auf den Arbeitsmarkt und die Erbringung von Dienstleistungen ausgerichtet. Sie legt den Schwerpunkt auf Bildung, Ausbildung, Beschäftigung und kulturelle Integration.

In Bezug auf die Forderungen und Ansätze zur kulturellen Integration werden Diaspora-Gemeinschaften von außen oft als geschlossene Gemeinschaften wahrgenommen. Wie die Forschung zeigt, ist diese Sichtweise jedoch höchst unrealistisch. In diesem Punkt ist die Integrationspolitik zu kurzfristig. Integrationsleistungen wie Arbeit, Sprache, Qualifizierung und Bildung reichen nicht aus. Der Ansatz der Dienstleistungserbringung, z. B. Sprache und Arbeit, reicht nicht aus, um die internen und innergemeinschaftlichen Konflikte auf der Grundlage der Identitätspolitik zu lösen. Die Forschung zeigt, dass Diaspora-Gemeinschaften zunächst besser verstanden werden sollten, insbesondere die internen Konflikte,

die die sozialen Interaktionen beeinflussen und ein wichtiger Faktor für die Integration sind.

Darüber hinaus kann Integration eine nachhaltige Entwicklungsperspektive, eine gesellschaftliche Vision und geeignete Strategien zur Befähigung und Bewusstseinsbildung erfordern. Herkömmliche Integrationstheorien betonen die kulturelle Interaktion, und einige zivilgesellschaftliche Organisationen schlagen Multikulturalismus vor.

Eine Frage der Polarisierung und Partizipation

Zusammenfassend wird deutlich, dass jeder Ansatz zur Integration nicht nur als politischer Prozess von oben nach unten konzipiert werden sollte, sondern die interne Dynamik der Diaspora-Gemeinschaften selbst berücksichtigen muss – oder besser gesagt, die Vielfalt, die verschiedenen Fraktionen, Identitäten, Interessen und Bedürfnisse derer, die in dieser Kategorie subsumiert werden. Politiken und Programme, die auf die Förderung der Integration abzielen, müssen daher möglicherweise andere Fragen stellen: nicht nur, welche Fähigkeiten notwendig sind und vermittelt werden müssen, sondern auch: Wie kann man die Diaspora-Gemeinschaft durch ihre Selbstorganisationen einbinden? Wie können Identitätswahrnehmungen, interne Konflikte und die Menschen, die schwer zu erreichen sind und sich Interaktionen widersetzen, angesprochen werden? Für die gesellschaftliche Teilhabe und Integration sind diese Fragen zu klären.

Autor:

Azizur R. Khan ist freiberuflicher Berater, lebt in Berlin und arbeitet in Südasien und Deutschland zur Konflikttransformation. Er erhielt seinen Master in Entwicklungsmanagement vom Asian Institute of Management, Philippinen und studierte Politikwissenschaft in Deutschland. Im Auftrag verschiedener INGOs und UN-Organisationen führt er strategische Planung, Projektevaluierung und Politikforschung zu nachhaltiger Entwicklung einschließlich gewalttätigem Extremismus durch. Zurzeit arbeitet er mit dem Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. an einem Forschungsprojekt zur Diaspora-Integration.

Es betrifft uns alle. Verortung von Desintegrationsprozessen in der kommunalen Praxis

Astrid Heck und Katharina Kullmann

Seit einigen Jahren sind zunehmende Abwendungs- und Radikalisierungsprozesse zu beobachten, die in der Lage zu sein scheinen, unterschiedlichste Sphären der Gesellschaft einzunehmen. Diese Erosionsprozesse des sozialen Zusammenhalts werden in den Sozialwissenschaften u. a. unter dem Begriff *Desintegration* gefasst. Politik, Verwaltung, freie Träger und zivilgesellschaftliche Organisationen in der Kommune stehen vor der Herausforderung, in ihrer Arbeitspraxis darauf zu reagieren.

Bisher wurde jedoch kaum reflektiert, wie sich Prozesse von Desintegration in der kommunalen Praxis ausdrücken. Der vorliegende Beitrag führt zunächst kurz in die Theorie sozialer Desintegration nach Wilhelm Heitmeyer (2018) ein und präsentiert anschließend Ergebnisse einer Diskussionsrunde zwischen Praxis und Wissenschaft mit dem Ziel, sich einer Sichtweise auf die Kommune als Ort von Desintegrationsprozessen zu nähern.

Soziale Desintegration nach Wilhelm Heitmeyer (2018)

Theorien zu sozialen Desintegrationsprozessen waren und sind in der Soziologie ein zentraler Bestandteil der Erforschung des sozialen Zusammenhalts und stehen immer in Wechselwirkung mit den jeweiligen gesellschaftlich-historischen Ist-Zuständen. Das Konzept

sozialer Desintegration nach Heitmeyer (2018) folgt der Grundannahme, dass sich „angesichts unserer sozial ungleichen, ethnisch-kulturell vielfältigen und religiös differenzierten Gesellschaft neue Integrations- und Desintegrationsdynamiken ergeben haben“ (ebd.: 147). Diese lassen sich auf drei Dimensionen gesellschaftlichen Zusammenlebens verorten:

Sozialstruktur

Zum einen obliegt es der *sozialstrukturellen Dimension*, Teilhabe an begehrten materiellen und kulturellen Gütern für alle Gesellschaftsmitglieder gleichermaßen her- und sicherzustellen. Demnach müssen gleiche Zugänge zu den gesellschaftlichen Teilsystemen Arbeit, Bildung, Wohnungsmarkt sowie zu den sozialen Sicherungssystemen bereitgestellt werden. Von zentraler Bedeutung ist hierbei die „Offenheit von Handlungs- und Aufstiegschancen“ (ebd.: 149) für alle Teile der Bevölkerung. Gelingt dies nicht oder nur bedingt, können sich Anerkennungsverletzungen des sozioökonomischen Status sowie von individuellen Fähigkeiten einstellen, die nicht nur mit subjektiv wahrgenommenen Kontrollverlusten und Statusängsten, sondern auch mit einer Abkehr von der Gesellschaft einhergehen können.

Politische Teilhabe

Zum anderen gilt es in der *institutionell-partizipatorischen Dimension* konfligierende Positionen bzw. Interessenslagen mittels Kommunikation und Teilhabe konstruktiv zu verhandeln. Dazu benötigt es Partizipationsmöglichkeiten an öffentlichen Angelegenheiten, an „Diskussionen von Werten wie Fairness, Gerechtigkeit, Solidarität“ sowie an der „Sicherung von geltenden Normen“ (ebd.: 149).

Auch das sich Wiederfinden in Parteiprogrammen etablierter Politiken trägt dazu bei, Abwendungsprozessen präventiv entgegenzutreten. Im Umkehrschluss kann die subjektive Wahrnehmung von Einflusslosigkeit und der Mangel an Gestaltungsmöglichkeiten sich desintegrierend auf den Einzelnen auswirken.

Identität

Darüber hinaus beschreibt Heitmeyer (2018) eine dritte, die *personale Dimension*, zur Herstellung des sozialen Zusammenhalts. Die Kernaufgabe zur Vermeidung von Abwendungsprozessen besteht hier einerseits in der Bereitstellung von „Chancen für die Entwicklung personaler Identität“ und andererseits in der Erzeugung von „Akzeptanz [gegenüber] kollektive[n] Identitäten trotz Anderssein“ (ebd.: 149). Unter diesen Bedingungen ist es jeder/jedem Einzelnen möglich, Wertschätzung und Anerkennung in einer auf Vielfalt beruhenden Gesellschaft zu erfahren und auf diese Weise Identität und Zugehörigkeit herzustellen.

Das Konzept Heitmeyers bietet einen umfassenden gesamtgesellschaftlichen Blick auf Desintegrationsprozesse. Es liefert jedoch nur wenig Hinweise darauf, welche Rolle der lokale Raum zur Verhinderung von Abwendungsprozessen spielt bzw. wo mögliche Ansatzpunkte für die kommunale Praxis liegen.

Diskussionsergebnisse – Kommunen als Orte von Desintegration

Inwiefern zeigen sich Prozesse von Desintegration in der kommunalen Praxis? Dazu haben auf der virtuellen Partnerfachtagung im

November 2020 Vertreter*innen aus der kommunalen Konfliktberatung, aus Schulen, der Gesundheitsversorgung, einem Landesministerium, der Wissenschaft und von zivilgesellschaftlichen Initiativen diskutiert, mit dem Ziel, sich einer Sichtweise auf die Kommune als Ort gesellschaftlicher Desintegration zu nähern. Im Folgenden werden die Diskussionsbeiträge in Analogie zur Theorie Wilhelm Heitmeyers dargestellt.

Sozialstrukturelle Teilhabe

In der Kommune wirken sich global verursachte ökonomische Zwänge nahezu ungefiltert auf das lokale Geschehen aus. Die Bearbeitung der daraus resultierenden Herausforderungen überfordere, wie die Teilnehmenden des Workshops beobachteten, aber oftmals die verfügbare Ressourcenausstattung einzelner Gemeinden und Städte. Folglich bestünde auf kommunaler Ebene nur ein begrenzter Einfluss darauf, welche Möglichkeiten Einwohner*innen zur Gestaltung ihres individuellen Lebensverlaufs zur Verfügung stehen. Des Weiteren benannten die Diskutant*innen zunehmend beobachtbare Ökonomisierungsprozesse (wie z. B. begrenzte Projektlaufzeiten und das Anlegen wirtschaftlicher Erfolgsindikatoren) hinsichtlich der sozialen Arbeit als problematisch für den sozialen Zusammenhalt. So leisteten lokale Träger durch intensive Beziehungsarbeit zwar einen wesentlichen Beitrag für einen respektvolles und tolerantes Miteinander. Sie seien jedoch durch ökonomische Vorgaben in ihrer Reichweite und Nachhaltigkeit beschränkt. Des Weiteren fehle es lokal an institutionalisierten Strukturen zur Bearbeitung von (sozialen) Konflikten, wodurch deren dauerhafte und stabile Lösung nur sehr bedingt möglich sei.

Politische Teilhabe

Debattenkultur und das Aushandeln unterschiedlicher politischer Positionen finden u. a. in der kommunalen Politik statt. Die Teilnehmenden berichteten, dass Bürger*innen sich oft durch etablierte Politiken der lokalen und darüber liegenden Ebenen nicht (mehr) repräsentiert fühlen und es an einer Wahrnehmung der vielen verschiedenen Lebensrealitäten durch Politiker*innen fehle. Die Diskutierenden sahen darin eine Bereitschaft marginalisierter Gruppen – genannt wurden an dieser Stelle Wohnungslose und sozial benachteiligte Personen – begründet, sich autoritären Wertvorstellungen anzuschließen. Zentrale Fragen seien, wie es gelingen kann, auch die Stimmen marginalisierter Gruppen wahrzunehmen und wie sich schweigende Mehrheiten an einen demokratisch geführten Diskurs heranführen lassen.

Identität

In den letzten Jahren ist die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensstile im Zusammenleben ein wichtiges Thema geworden. Aus Sicht der Praxis zeige sich in der kommunalen Gemeinschaft häufig ein Machtgefälle zwischen Alteingesessenen und Neuhinzugezogenen. Es wurde erörtert, dass es etablierten Gruppen oft leichter falle, Lautstärke und damit Gehör im öffentlichen Raum zu entwickeln. Dies verhindere das Aufbrechen vorherrschender Machtstrukturen und verstärke die hegemoniale Position, z. B. Alteingesessener. Teilen der Bevölkerung mangle es an Bereitschaft, sich in andere Perspektiven und Lebenswelten hineinzusetzen. Ein Anerkennen von divergierenden Bedürfnissen und Wünschen bliebe dadurch aus. Die Teilnehmenden betonten, dass, um eine starke

demokratisch verortete Zivilgesellschaft her- und sicherzustellen, zivilgesellschaftliche Netzwerke notwendig seien sowie eine funktionierende und nachhaltige Würdigung couragierten Handelns.

Fazit

In der Zusammenschau verdeutlichen die Diskussionsergebnisse erste Anknüpfungspunkte dazu, wie sich Desintegrationsprozesse in der kommunalen Arbeitspraxis ausdrücken. Ökonomische Faktoren begrenzen den lokalen Handlungsspielraum, wohingegen Formen politischer Partizipation Möglichkeiten öffnen, um Desintegration kommunal entgegenzutreten. Die gegenseitige Wertschätzung und Anerkennung zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen kann lokal erprobt und gefestigt werden und ist Grundvoraussetzung für ein demokratisches, auf Vielfalt beruhendes Miteinander. Ein kontinuierlicher Austausch zwischen Praxis und Wissenschaft kann dazu beitragen, lokal spezifische Ansatzpunkte zur Förderung des sozialen Zusammenhalts zu identifizieren und Desintegrationsprozesse abzuwenden.

Autorinnen:

Katharina Kullmann ist Diplom-Soziologin und arbeitet im Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie der Fachhochschule Erfurt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen urbane Governance und dem Zusammenspiel zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und Politik. Derzeit promoviert sie im Fach Politikwissenschaften zu Fragen lokaler Demokratie und europäischer Politikverflechtung.

Astrid Heck ist Diplom-Soziologin und arbeitet im Fachgebiet Stadt- und Raumsoziologie der Fachhochschule Erfurt. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Themenfeldern lokale Demokratie, Partizipation, Kommunikation und Desintegration in ostdeutschen Kleinstädten.

Literatur:

Heitmeyer, W. (2018). Autoritäre Versuchungen.
Berlin: Suhrkamp.

Teil 2. Herausforderungen und Chancen gesellschaftlichen Wandels

Lokale Konfliktkonstellationen oder: Was hat die Geschichte eines Ortes mit Konfliktodynamiken zu tun?

Prof. Dr. Katrin Grossmann und Dr. Ulrike Gatzemeier

Bebra in Hessen ist eine mitteldeutsche Kleinstadt, nahe Fulda unweit von Kassel gelegen. Mit etwa 14.000 Einwohner*innen ist sie vor allem als Knotenpunkt wichtiger Bahntrassen, als zentraler Umsteigepunkt und ehemaliger Grenzbahnhof an der innerdeutschen Grenze bekannt. In den 1990ern Jahren erlangte Bebra überregionale Bekanntheit, auch aufgrund eines Konfliktes um den Bau einer Kirche, der 1995/1996 seinen Höhepunkt erreichte: Die ortsansässige syrisch-orthodoxe Gemeinde plante den Bau einer eigenen Kirche samt Gemeindezentrum, was auf Widerstand in Teilen der Bevölkerung und der Stadtpolitik stieß. Fragen von Zuwanderung und Identität wurden hitzig zum Ausdruck gebracht, die Stadt polarisierte sich bis hin zu Gewaltandrohungen und Verleumdungen gegenüber Befürworter*innen des Baus in Zivilgesellschaft und Politik. Bei solchen Auseinandersetzungen wird oft von „migrationsbezogenen“ Konflikten gesprochen und damit nahegelegt, dass es

die Zuwanderung in einen Ort, die Veränderungen und Herausforderungen, die sie mit sich bringt, sind, die zum Konflikt führen. Ein genauer Blick auf Geschichte und Hintergründe des Konfliktes um den Kirchenbau in Bebra, wie er im Projekt MigraChance der FH Erfurt, dem UFZ Leipzig und der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster getätigt wurde, macht aber deutlich, dass diese Erklärung zu kurz greift. Vielmehr sind es oft ganz eigene Kontextbedingungen, die jenseits der scheinbar offensichtlichen Konfliktgegenstände Eskalation begleiten (vgl. Budnik/Krahmer, 2019 sowie für eine ausführliche Darstellung der Chronologie des Konflikts: Budnik et al., 2020).

Aramäische Einwanderer*innen aus der südöstlichen Türkei waren seit den 1960er Jahren als Gastarbeiter*innen nach Bebra gekommen, in den 1980er Jahren weitere als Geflüchtete. Die syrisch-orthodoxe Gemeinde der Stadt, bestehend aus einigen hundert Mitgliedern, hatte sich in den 1970er Jahren gegründet und in den folgenden Jahren zunehmend etabliert. Es bestanden von Beginn an enge und gute Kontakte der Glaubensgemeinschaft zu anderen lokalen christlichen Kirchen. Als Versammlungsort und für Messfeiern konnte lange Jahre eine örtliche katholische Kirche mitgenutzt werden. In den frühen 1990er Jahren wuchs aber der Wunsch nach einem eigenen Gotteshaus und Gemeindezentrum.

Mit Unterstützung der anderen christlichen Gemeinden und der Stadtverwaltung war 1993 ein geeignetes Grundstück am Rande des städtischen Friedhofs gefunden. Voraussetzung für den Bau war lediglich die Klärung vereinzelter Besitzfragen sowie eine entsprechende Flächennutzungs- und Bauleitplanung. Letztere wurde bereits Anfang 1993 dem Magistrat der Stadt vorgelegt. Dieser

beschloss Mitte 1993, die nötige Bauleitplanung in die Wege zu leiten. Das Grundstück wurde nach positiven Signalen aus der Stadt gekauft, ein Architekturbüro beauftragt und Spenden zur Errichtung gesammelt. Anfang 1996 jedoch lehnte der zuständige Bau- und Planungsausschuss das Vorhaben mit einem Unentschieden von vier zu vier Stimmen ab. Als Begründung wurden Planungsfragen wie die Verfügbarkeit von Parkplätzen und Durchfahrtswege angeführt. Zeitdokumente aber zeigen, dass andere Bedenken eine Rolle spielten: So ist von „Überfremdung“ und von befürchteten Konflikten mit anderen Religionsgemeinschaften die Rede, von befürchtetem weiterem Zuzug durch das geschaffene „Zentrum“ ebenso wie von der Sorge, einen „Präzedenzfall“ zu schaffen und auch anderen dann den Bau von Gotteshäusern erlauben zu müssen.

Die überraschende Entscheidung des Bau- und Planungsausschusses stieß insbesondere in den verschiedenen christlichen Gemeinschaften der Stadt auf großes Unverständnis und Empörung. Stellungnahmen von kirchlichen Vertreter*innen, die sich auf Menschen- und Bürgerrechte beriefen und insbesondere von Vertreter*innen der örtlichen CDU – auf deren Mehrheit im Ausschuss die Ablehnung zurückgeführt werden kann – sowie zahlreiche Leserbriefe trugen zu einer schnellen Politisierung und Emotionalisierung der Debatte bei. Im Nachgang der Versammlungen wurde das Thema in überregionalen Medien aufgegriffen – die Kritik an rassistischen und fremdenfeindlichen Einstellungen radikalisierten die Ablehnung jedoch weiter. Auch von höheren Ebenen, von Landes- und Kreisebene wurde parteiübergreifend Druck ausgeübt, die Planung des Kirchenbaus von Debatten um Chancen und Herausforderungen einer multikulturellen Gesellschaft zu trennen.

Letztlich scheiterten die Verhandlungen aber, im September 1996 wurde die Planung in der Stadtverordnetenversammlung endgültig abgelehnt.

Die Entscheidung des Bauausschusses führte zu einer Eskalation. Um zu verstehen, warum sie gefällt wurde, sind weitere Aspekte im lokalen und nationalen Kontext wichtig: Der Konflikt um den Kirchenbau in Bebra fiel zusammen mit einer Phase des ökonomischen Niedergangs der Stadt. Die Eisenbahnerstadt hatte im Zuge der deutschen Wiedervereinigung ca. 6.000 Arbeitsplätze bei der Bahn verloren, bei insgesamt nur ca. 14.000 Einwohner*innen. Damit ging ein zentraler Anker für die Identität der Stadt verloren. Abwanderung und Bedeutungsverlust waren die Folge. Zusätzlich wurde Bebra regional aufgrund des vergleichsweise hohen Anteils Zugewanderter stigmatisiert. Anfang der 1990er Jahre erlebte Bebra erneut eine Zuwanderungsphase, diesmal im Zuge des Jugoslawienkrieges. In der Kleinstadt gab es mehrere Asylunterkünfte und immer wieder kam es zu Spannungen. Im Wahlkampf für die Direktwahl des Bürgermeisters 1995 gewann der CDU-Kandidat gegen den bis dahin amtierenden SPD-Bürgermeister gerade mit dem Versprechen, weitere Zuwanderung nach Bebra zu verhindern. Dass diese Wahl überhaupt zu diesem Zeitpunkt stattfand, ist der vorangegangenen Änderung der Hessischen Gemeindeordnung zu verdanken, die erstmals die Direktwahl des Bürgermeisters für Bebra nötig machte. Diese steht in keinem Zusammenhang mit der Frage um den Kirchenbau, schaffte aber zufällig ein Umfeld, in dem die Abstimmung im Bau- und Planungsausschuss zur Nagelprobe für Wahlkampfversprechen wurde und die CDU – soweit das rekonstruierbar ist – unter Zugzwang brachte, sich gegen den Kirchenbau zu stellen.

Das Beispiel zeigt, dass Eskalation nicht einfach „migrationsbedingt“ ist, sondern da entsteht, wo zahlreiche, auch zufällige Kontextfaktoren zusammenkommen. Fremdenfeindliche Einstellungen und Ablehnung von Zuwanderung und kulturell Anderem waren in Bebra nicht neu. Die Veränderung im Diskurs und der entsprechende ablehnende Beschluss im Bauausschuss über ein Vorhaben, das als unproblematisch beurteilt und von Seiten der Stadtverwaltung unter Führung der SPD sogar unterstützt worden war, überraschte dennoch. Die detaillierte Rekonstruktion des Konfliktverlaufs legt nahe, dass der Kirchenbau nicht per se konflikthaft war, oder zumindest eine Eskalation nicht unvermeidbar war. Vielmehr liegt die Vermutung nahe, dass das Projekt ohne größere Konflikte realisiert worden wäre, wäre es aufgrund der Verzögerung der Beschlussfassung in den entsprechenden städtischen Gremien durch fehlende Bauleitplanungen und andere Formalia nicht in den Sog der Wahl und der Positionierung der Parteien innerhalb einer gesamtgesellschaftlichen Debatte gekommen.

Was lässt sich aus diesem Beispiel über die Bearbeitung von Konflikten in Städten und Gemeinden lernen? Einwanderung und damit einhergehende Veränderungen sind nicht an sich konflikthaft oder besonders anfällig für eskalative Konflikte. Das bedeutet aber gleichzeitig, dass Eskalation kein „Schicksal“ ist, sondern lokale Akteur*innen das Geschehen vor Ort selbst in der Hand haben. Sie können mit ihrem Handeln Konflikte befeuern und Eskalation vorantreiben – sie können aber auch die Möglichkeiten suchen und nutzen, die es gibt, um sie konstruktiv zu bearbeiten. Städte und Gemeinden in Deutschland werden in den kommenden Jahren mit wachsender Heterogenität konfrontiert sein. Die Fähigkeit, mit diesen Unterschieden und dem Wandel konstruktiv umzugehen und

Möglichkeiten der konstruktiven Bearbeitung zu erkennen und wahrzunehmen, ist zentral für ihre Zukunftsfähigkeit.

Autorinnen:

Prof. Dr. Katrin Großmann ist seit 2014 Professorin für Stadt- und Raumsoziologie an der FH Erfurt, Fakultät Architektur und Stadtplanung. Sie forscht zu unterschiedlichen Teilfragen nachhaltiger und gerechter Stadtentwicklung mit Schwerpunkten auf Konflikten und Zuwanderung, Energie und sozialer Ungleichheit, Quartiersentwicklung, residentieller Segregation und sozialem Zusammenhalt.

Dr. Ulrike Gatzemeier ist ausgebildete Mediatorin und arbeitet als selbständige Konfliktberaterin im In- und Ausland. Sie hat Interkulturelle Kommunikation und Friedens- und Konfliktforschung in Chemnitz und Dublin (Irland) studiert und zu Konflikt und Radikalisierungsprozessen promoviert (Bochum). Seit Februar 2022 ist sie Leiterin des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V.

Literatur:

Budnik, M., Hedke, C., Großmann, K., Peitsch, I., Roskamm, N., Wolf, K. (2020).

Fallstudie Bebra: Migrationsbezogene Konflikte und der Wandel lokaler Institutionen. MigraChance Projektbericht.

URL: https://www.migrachance.de/wp-content/uploads/2021/03/Projektbericht-Fallstudie-Bebra_Web.pdf [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Budnik, M., Kraemer, A. (2019).

Konflikttheoretische Ansätze und ihre Bedeutung für Migrationsbezogene Konflikte. MigraChance Working Paper 1a.

In: K. Großmann (Hrsg.), Migrationsbezogene Konflikte als Impuls für demokratisches Lernen und institutionellen Wandel? Ein Literaturreview in drei Perspektiven.

Fachhochschule Erfurt, URL:

<https://www.migrachance.de/wp-content/uploads/2019/12/Working-Paper-1a-Konflikttheorie.pdf> [zuletzt abgerufen: 14.01.2021].

Lokale Energie- und Klimakonflikte. Die Energiewende birgt lokales Konfliktpotenzial

Dr. Fritz Reusswig

Lokale Energiekonflikte sind in der Bundesrepublik kein Novum. Der Atomenergiekonflikt der 1970er/1980er Jahre etwa ist mit Namen wie Wyhl oder Brokdorf fest verbunden. Damals ging es um den Ausbau der Atomenergie, gegen den sich viele vor Ort und bundesweit gewehrt haben. Heute geht es um den Ausbau der erneuerbaren Energien (Wind, Solar, Biomasse), die die ‚Auslaufmodelle‘ Atom und Kohle ersetzen sollen. In bundesweiten Umfragen erzielen die ‚Erneuerbaren‘ hohe Akzeptanzwerte, aber der Widerstand vor Ort ist erheblich—und in letzter Zeit sogar gestiegen. Gerade in ländlichen Gemeinden ist die Bevölkerung oft zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen einer geplanten Anlage zerrissen.

Dass die Energiewende Konflikte erzeugt, ist zunächst nicht überraschend. Aufgrund der geringeren Energiedichte der Erneuerbaren braucht es viele Windräder, um ein Atom- oder Kohlekraftwerk zu ersetzen. Und da nicht nur *ein* solches Kraftwerk ersetzt werden soll, sondern der *vollständige* Ausstieg aus der fossil-atomaren Stromerzeugung beabsichtigt bzw. beschlossen ist, potenziert sich der Flächenbedarf für die Erneuerbaren. Hinzu kommt, dass für einen wirksamen Klimaschutz auch die Sektoren Verkehr und Wärme dekarbonisiert werden müssen, also auf erneuerbare Träger umzustellen sind. Der dafür erforderliche „grüne“ Strom kommt also noch dazu.

Solarenergie ließe sich hervorragend in den städtischen Kontext einbauen (wobei Deutschland noch erheblichen Nachholbedarf hat). Der Großteil an Energie aus Wind und Biomasse hingegen muss in der weniger dicht besiedelten Fläche erzeugt werden und führt damit praktisch in ganz Deutschland zu einem theoretischen Konfliktpotenzial. Denn so notwendig diese Anlagen aus Klimaschutzsicht auch sein mögen, sie verändern die Landschaft, sie können Vögel und Fledermäuse gefährden, und viele Menschen fühlen sich durch Lärm oder nächtliches Blinken gestört.

Seit Jahren wird versucht, durch Raumplanung und Beteiligungsprozesse die Konflikte zwischen Befürworter*innen und Gegner*innen von Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien zu entschärfen, mit wechselndem Erfolg. In den letzten Jahren spielen populistische Aussagen im Zusammenhang mit den Konflikten eine immer größere Rolle – diese suggerieren, dass es für komplexe Problemlagen einfache Lösungen gäbe. Mit der Gründung der rechtspopulistischen Partei AfD im Jahr 2013 und ihrer 2019 im Zeichen der *Fridays-for-Future*-Proteste bekundeten Absicht, die deutsche Klimapolitik anzugreifen, hat dieser Diskurs auch einen parteipolitischen Schwerpunkt bekommen.

Populismus

Es ist nicht leicht, aus der mächtig angewachsenen Populismuskultur so etwas wie eine einheitliche oder gar konsensfähige Definition herauszupräparieren. Sehr viele Wissenschaftler*innen sind sich darin einig, dass der Populismus als ein „dünne Ideologie“ (Stanley, 2008) zu betrachten ist, in der einige wenige Kernaussagen gemacht werden, die an die Aussagen anderer

(„dichter“) Ideologien anschlussfähig sind und zudem situativ modifiziert werden können. Das macht es so schwierig, das vielgestaltige und wandelbare Phänomen Populismus zu fassen. Wesentliche Charakteristika rechtspopulistischer Ideologien sind: ein manichäisches Weltbild, das strikt nach ‚gut‘ und ‚böse‘ polarisiert, die Kritik an der korrupten Elite, die das ‚gute Volk‘ als die eigentliche Mehrheit verraten hat, um stattdessen Politik für das ‚böse Volk‘ zu machen, also soziale ‚Minderheiten‘, die – je nach Ausrichtung und Lage – durch Migrant*innen, urbane grüne Kosmopolit*innen oder queere Menschen repräsentiert werden. Der Populismus beansprucht, die einzige wirkliche Alternative zur herrschenden Politik darzustellen und der einzig wahre Repräsentant der Mehrheit zu sein. In diesem positiven rhetorischen, aber problematischen sachlichen Bezug auf die Mehrheit wurzelt die ambivalente Funktion des Populismus für die moderne Demokratie, um die auch in der Fachliteratur heftig gestritten wird (Müller, 2016). Einerseits kann der Populismus die Verkürzungen und Verkrustungen etablierter demokratischer Systeme aufbrechen, ja vielleicht sogar zu deren Reform beitragen – etwa weil er Gruppen und Schichten wieder an die Wahlurnen bringt, die Politik schon abgeschrieben hatten oder die auch von ihr tatsächlich vergessen werden. Auf der anderen Seite stellt der Populismus eine Gefahr für die Demokratie dar, weil sein moralisch aufgeladener Mehrheitsbegriff im Verein mit dem Anspruch exklusiver Repräsentation das Institutionengefüge der liberalen Demokratie untergräbt, zur Diffamierung und Ausgrenzung von Minderheiten (die empirisch sogar die Mehrheit sein können beiträgt und die öffentliche Debatte, das Lebenselixier einer lebendigen Demokratie, diskreditiert. Wozu debattieren, wenn man den Willen der Mehrheit schon kennt?

Polarisierter Klimadiskurs und demokratische Konfliktkultur

Der wichtigste populistische Akteur in Deutschland ist die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD). Energie- und Klimafragen werden im Parteiprogramm der AfD zwar angesprochen, spielten aber lange Zeit eine allenfalls untergeordnete Rolle im Vergleich zu den Kernthemen Migration, Europa oder innere Sicherheit. Das hat sich 2019 geändert. Nach zwei dramatischen Hitzesommern war der Klimawandel in aller Munde, und durch die Proteste von *Fridays for Future* wurde eine rasche und konsequente Klimapolitik mit großer Medienresonanz wieder auf die politische Tagesordnung gesetzt. In dieser Situation erklärte Alexander Gauland die „sogenannte“ Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung zum dritten großen Thema der AfD – nach dem Euro und der Flüchtlingspolitik (Gauland nach Kamann, 2019).

Seitdem – und durch Corona nur erst quasi eingeklammert, noch nicht entscheidend verändert² – ist der deutsche Klimadiskurs hochgradig polarisiert. Den einen kann es gar nicht schnell genug gehen mit dem Klimaschutz – und ihr Anliegen wird durch die Wissenschaft gestützt –, während die anderen „diesen Irrsinn“ (Gauland nach Kamann, 2019) als weiteren Beleg für den Einfluss ‚böser‘ Minderheiten (darunter auch die Wissenschaft) auf die korrupten Eliten verbuchen. Beide Seiten sind sehr laut.

² Eine bedenkliche Entwicklung allerdings hat es durch Corona gegeben: Verschwörungsmymen dienen als Brückenideologie zwischen Rechtsextremen, Populisten und gesellschaftlicher Mehrheit (vgl. Reusswig/Küpper, 2020).

Dazwischen findet sich die eher schweigende Mehrheit der Bevölkerung, die ihre Meinung entweder nicht äußert oder keine hat oder zwischen beiden Argumentationen hin- und hergerissen ist. An der schweigenden Mehrheit aber, so meine These, wird sich die Energiewende letztlich entscheiden. Insbesondere die Unentschiedenen halte ich dabei für wichtig, weil sie den Klimawandel zwar nicht grundsätzlich leugnen, aber dennoch Fragen und Bedenken hinsichtlich der sozialen und wirtschaftlichen Folgen einer konsequenten Klimapolitik haben. Und genau die sind wichtig und müssen politisch angegangen werden, soll die Energiewende nicht als soziales und politisches – und auch: gerechtes – Projekt scheitern.

Deutschlands Bevölkerung lebt mehrheitlich in Städten, aber lokale Energiekonflikte werden häufig in kleineren Gemeinden ausgetragen, weil dort besonders häufig Energieträger wie Windräder gebaut werden. Eine konfliktentschärfende Maßnahme bestünde darin, wenn die Städte klimafreundlicher würden und mehr Energieträger mit höherer sozialer Akzeptanz – Solarenergie und Erdwärme etwa – einsetzen. Eine weitere könnte darin bestehen, die aktuelle Regelung der Aufteilung der Kosten für energetische Gebäudesanierung zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen neu zu regeln – etwa durch den Einstieg des Staates in die Finanzierung -, um ein vornehmlich städtisches Konfliktthema zu entschärfen.

Die Übernahme populistischer Narrative verschärft lokale Konflikte in Form und Inhalt (Reuswig/Lass/Bock, 2020). Sie werden härter und grundsätzlicher. Davon geht eine Gefahr nicht nur für die Energiewende, sondern auch für den sozialen Frieden in Deutschland aus. Aber wir werden Energiewende und sozialen Frieden nur retten können, wenn wir eine auch sozial gerechte Energiewende

im Rahmen einer demokratischen Konfliktkultur hinbekommen, in der Konfliktparteien als Gegner*innen, nicht als Feind*innen behandelt und Argumente nach ihrem Sachgehalt, nicht nach ihrem Absender gewertet werden.

Autor:

Dr. Fritz Reusswig studierte Soziologie und Philosophie an der J.W. Goethe-Universität in Frankfurt am Main und habilitierte sich mit einer Arbeit über die Umweltfolgen moderner Lebensstile an der Universität Potsdam. Er lehrt Umweltsoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), wo er u. a. das von der Mercator-Stiftung finanzierte Projekt DemoKon – Eine demokratische Konfliktkultur für die Energiewende leitet (<https://demokon.de/>).

Literatur:

Kamann, M. (2019).

Die AfD und die „sogenannte Klimaschutzpolitik“.

In: Welt online, 28.09.2019. URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article201093000/CO2-Emissionen-Die-AfD-und-die-sogenannte-Klimaschutzpolitik.html> [zuletzt abgerufen: 14.01.2021].

Müller, J.-W. (2016).

Was ist Populismus? Ein Essay.

Berlin: Suhrkamp.

Reusswig, F., Küpper, B. (2020).

Wächst jetzt zusammen, was zusammengehört?

Klima- und Corona-Krise als neue Reallabore rechter Akteursallianzen.

In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit, 5(2), 62–80.

Reusswig, F., Lass, W., Bock, S. (2020).

Abschied vom NIMBY. Transformationen des

Energiewende-Protests und populistischer Diskurs.

In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 33(1), 140–160.

Stanley, B. (2008).

The Thin Ideology of Populism. In: Journal of Political Ideologies, 13(1), 95–110.

Gesellschaftliches Spaltpotential durch Demos gegen die Coronamaßnahmen?

Thomas Weidlich

Seit Beginn der Corona-Pandemie gibt es verschiedene Formen des Protests gegen die politischen Maßnahmen, die darauf abzielen die Virusverbreitung einzudämmen. Was wird bei diesen Demonstrationen sichtbar? Wie wird über und mit den Protestierenden gesprochen? Dieser Beitrag möchte dazu anregen, über den Umgang mit widersprüchlichen Sichtweisen nachzudenken und Chancen aufzeigen, die sich aus den öffentlich sichtbaren Protesten ergeben.

Häufig hört man in der Debatte die Forderung, es sei erforderlich, die Dinge zu benennen, die Probleme zu definieren und sich eindeutig zu positionieren. Die Vertreterinnen und Vertreter dieser Sichtweise haben es gut. Sie sind der Komplexität entkommen. Sie glauben, dass Kommunikation nach Regeln funktionieren kann – in einer Gesellschaft, die nicht nur pluralistisch und demokratisch sein will, sondern auch divers, interkulturell, heterogen und fragmentiert. In dieser Gesellschaft ist das Zusammenleben sehr anstrengend und voller Spannungen und Konflikte, und die Diskurse darüber sind es auch. Sie sind mühsam, verwirrend und voller Missverständnisse. Denn wir begegnen uns als zwar Gleichwürdige, aber mit unterschiedlichen Informationen und Erwartungen, Sichtweisen, Auswahlpräferenzen, Interpretationen, sozialen Kompetenzen etc. Unterschiede begründen Spannungen, Streit, Konflikt, aber hoffentlich keinen feindbildlichen Kampf.

Feindbildlicher Kampf ist aber nicht nur für Corona-Protestler*innen attraktiv. Er schafft Eindeutigkeit und somit Entlastung in einer komplexen Welt. Einer Position begegnet eine Gegen-Position. Beide schaffen Raum für Emotionen und das Gefühl der Sicherheit (in der eigenen klaren Position). Die Corona-Pandemie bringt – wie jede Veränderung – Verunsicherung mit sich. Verunsicherungen erzeugen Konflikte und provozieren Widerstand. Proteste, wie zum Beispiel die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen, auf der Straße sind Hinweise auf Konflikte. Zugleich sind diese Proteste (auch) ein Angebot zur politischen Kommunikation.

Der Anblick der Corona-Proteste mutet an wie eine Illustration zum Thema „Heterogenität“: Selbständige, die tatsächlich in der Existenz bedroht sind; Kleinunternehmer*innen, Gastronom*innen und Hotelier*innen; Kunstschaffende und Freund*innen der Klubszenen; Jugendliche, die ihr Recht auf Party vertreten; Impfskeptiker*innen und Impfgegner*innen; Alternative, Esoteriker*innen und Menschen, die sich als Weltbürger*innen verstehen und gegen Hass und für mehr Liebe eintreten; Hippies, Evangelikale, Veganer*innen, Heilpraktiker*innen, 5-G-Gegner*innen, Kapitalismuskritiker*innen; Aktive aus Initiativen gegen Rechtsextremismus und aus Willkommensinitiativen; Leute, die das Grundgesetz verteidigen gegen „Merkel“ und „DDR 2.0“. Es sind Bedrohte und Besorgte, Enttäuschte und Empörte, Bornierte und Bequeme, Erregbare, gern auch Sendungsbewusste, sogar Rebellische und auch Aggressive. Unter den Protestierenden auf Corona-Demos sind beispielsweise auch Reichsbürger*innen, Neonazis, Querfrontler*innen und Q-Anon-Anhänger*innen. Verbreitet versuchen sie, die Proteste für ihre Anliegen zu nutzen, mindestens aber, ihre Ideologien weiter zu tragen. An einigen Orten organisieren sie

die Proteste und dominieren sie. An anderen Orten sind sie dabei und werden von den Protestierenden hingenommen. Vereinzelt gibt es auch Wendungen gegen „... staatliche Ermächtigung und faschistische Vereinnahmung“ (Plakat-Aufschrift bei einer Corona-Demonstration am 18.11.2020 in Berlin).

Lässt sich diese Vielfalt auf einen Nenner bringen? Querdenker*innen? Verschwörung? Antidemokrat*innen? Vielleicht findet sich das Gemeinsame in der Bereitschaft zum „Denken in Gewissheiten“: Es gibt keine Zweifel, Widersprüche, Dilemma-Situationen, nicht einmal Fragen. Es gibt nur Positionen, und zwar eindeutige. Wer die nicht vertritt, gehört ins Lager der Gegner*innen. Die Corona-Proteste sind ein Symptom der Polarisierung. Jedes Thema scheint heute und weltweit in der Gefahr zu sein, nach dem polarisierenden Muster verhandelt zu werden: Richtig oder Falsch, Pro oder Contra, Wir oder Die. Man muss sich für eine Seite entscheiden. Polarisierung wird dann zum Problem, wenn Diskurs vermieden wird, wenn unterschiedliche Meinungen vorschnell zu Gesprächsabbrüchen führen oder Kommunikation vermieden wird.

Der Diskurs ist nicht nur ein Essential des Demokratischen, sondern er birgt auch Gefahren, auf die die Befürworterinnen und Befürworter der eindeutigen Begriffe und klaren Regeln zu Recht hinweisen. Etwa wenn die Bereitschaft zum Diskurs missverstanden wird als Zustimmung zu einer Position.

Einen Diskurs zu wagen bedeutet aber auch, lernen zu können und auf die Transformation einer polarisierten Situation zu einer Situation des gemeinsamen Nachdenkens hinzuwirken. In einer so veränderten Situation entsteht Raum für Differenzierungen, Balancen,

Untersuchungen einzelner Aspekte des (komplexen) Themas, die Unterscheidung von Sache und Emotionen und für den Blick auf Abhängigkeiten und Zusammenhänge. Es entsteht die Möglichkeit, die Reaktionsschemen auf Signalworte zu reflektieren, darunter auch die eigenen. In der Auseinandersetzung mit ‚Äußerungen‘ etwa könnte es wirkungsvoller sein, das zu bearbeitende Problem nicht zu ‚benennen‘, um so empörte Reaktanz zu vermeiden: Eine Beschreibung des Problems kann eher zu einem Nachdenkprozess anregen. Über die Umschreibung und Möglichkeit zur Beobachtung entsteht die Chance, vermeintliche Eindeutigkeiten zu irritieren.

Damit dieses Wagnis gelingen kann, können viele Überlegungen sinnvoll sein. Die Anstrengungen zur Beförderung der interkulturellen Kompetenz zum Beispiel halten viele Anregungen bereit. Drei Aspekte seien hier hervorgehoben:

Die an Gesprächen Beteiligten sind prinzipiell als Gleichwürdige anzuerkennen: In unseren Interaktionen begegnen wir uns aber als Angehörige verschiedener ‚Kulturen‘. Wie entwickelt ist unser Bewusstsein für die Kulturgebundenheit unserer Wahrnehmungen, Gedanken, Gefühle, Interpretationen, Gewohnheiten, Erwartungen, Gewissheiten? Achten wir (gerade in Streit und Konflikt) auf die Statusgleichheit unserer Partner*innen im Konflikt, die gerade nicht Objekte unserer Belehrung, wohl aber Adressat*innen unserer ganz anderen Ansichten sein sollten.

Das Bewusstsein für die Unterschiedlichkeit der Kommunikationsstile: Für die Einen gilt als selbstverständlich, dass alle Aussagen klar und eindeutig sein sollen, ihr Kontext ist unwichtig. Die Anderen gehen ebenso selbstverständlich davon aus, dass Gesagtes

interpretierbar ist und die Interpretationen sehr unterschiedlich sein können. Der von ihnen mitgedachte Kontext wird als selbstverständlich vorausgesetzt. Wie ändert sich unsere Kommunikation, wenn wir beispielweise diese Unterschiedlichkeiten reflektieren?

Die Steuerung unserer Interaktionen durch Lernen und nicht durch Erwartungen: Wir gehen mit Erwartungen in Interaktions-Situationen. Werden unsere Erwartungen enttäuscht, kennen wir die Neigung, an den Erwartungen festzuhalten, mit der Gefahr, Konformitätsdruck auszuüben, Unterwerfung zu fordern (statt Erkenntnis) und, wenn wir die Macht dazu haben, Sanktionen auszuüben. Wie anders können wir Streit- und Konfliktsituationen (mit-) gestalten, wenn wir stattdessen lernen, die Enttäuschung zu kommunizieren, unser Gegenüber in die Mit-Verantwortung zu nehmen und gerade dadurch in seiner Statusgleichheit zu achten (und die Unterschiede nicht zu negieren)?

Die Corona-Protteste sind (auch) eine Gelegenheit. Die in der fragmentierten Gesellschaft einander kulturell fremd Gewordenen können ihre Konflikte nutzen, um in diesem Sinne zu lernen. Wir können lernen, unsere Fremdheiten nicht (nur) als Bedrohung wahrzunehmen – aber die Gefahren (Polarisierung, Eskalation, Radikalisierung, Vermischung mit rechtsextremen Akteur*innen) auch nicht zu ignorieren. Vermutlich finden sich die Gelegenheiten zum Diskurs kaum im Protestgeschehen selbst, aber in der politischen Kommunikation und noch mehr in den tausend Gelegenheiten des Alltags.

Raus aus unseren Szenen – rein in die Auseinandersetzung mit denen, die so anders ticken. Denn: „Demokratie ist keine Komfortzone“.

Autor:

Thomas Weidlich ist 59 Jahre alt und lebt in Hennigsdorf (Land Brandenburg). Sein Beruf ist Systemischer Berater. Er arbeitet im Mobilien Beratungsteam Neuruppin des Brandenburgischen Instituts für Gemeinwesenberatung. Berufliche Erfahrungen hat er in den Arbeitsfeldern Soziale Arbeit, Projektleitung, Systemische Beratung und Gemeinwesenberatung. In seiner Freizeit beschäftigt er sich gern mit Aikido.

Teil 3.

Praxis und Methode der Bearbeitung kommunaler Konflikte

Ehrenamtliche Organisationen als Räume demokratischen Aushandelns und Lernens am Beispiel Bautzen

Sven Messerschmidt

In den vergangenen Jahren lässt sich eine Entwicklung zur stetigen Polarisierung der Gesellschaften entlang realer oder imaginer Pole beobachten, die den sozialen Zusammenhalt gefährdet und demokratische Prozesse erschwert oder verhindert. Eine qualitative Analyse des Konflikterlebens von Ehrenamtlichen in der ostsächsischen Mittelstadt Bautzen durch das Projekt „Konflikte im Ehrenamt als Potenzial für demokratische Lernprozesse“ der Fachhochschule Erfurt macht die Notwendigkeit deutlich, lagerübergreifende Aushandlungsräume zu stärken. In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. wurde der Blick daher auf lokale Mikro-Öffentlichkeiten wie Quartiersinitiativen und Sportvereine gelenkt, in denen Menschen mit verschiedenen politischen und sozioökonomischen Hintergründen trotz der polarisierten Lage zusammenkommen.

Die polarisierte Stadtgesellschaft am Beispiel Bautzen

*„Es gibt hier eine Polarisierung nach rechts und links. [...] man hat hier keine bürgerliche Mitte mehr. Und wer sich hier nicht positioniert, der wird einfach von den anderen in irgendeine Ecke gedrückt, bzw. man traut sich überhaupt nicht mehr, seine Meinung zu sagen.“ (Ehrenamtliche*r)*

Die vermehrte Zuwanderung Geflüchteter schien seit dem ‚langen Sommer der Migration‘ im Jahr 2015 auch in Bautzen immer wieder Anlass für aufkommende Konflikte zu sein. Die Zuteilung von Geflüchteten wurde von Teilen der Stadtgesellschaft als Zumutung empfunden und entwickelte sich zum Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Verwerfungen. Vorausgegangen waren 25 Jahre binnendeutscher Migration: nach der politischen Wende der Wegzug eines großen Teils der Jugend auf der Suche nach Arbeit in die westdeutschen Bundesländer, über zehn Jahre darauf dann der Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland und den alten Bundesländern für die neu entstandenen Beschäftigungszweige wie das Unternehmen Bombardier. Im Herbst 2016 kam es in Bautzen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremen, Migrant*innen und Polizei, die in Verfolgungsszenen gegenüber Geflüchteten mündeten. Diese sogenannten Kornmarktereignisse rückten in die bundesweite mediale Aufmerksamkeit. Seitdem prägen Streit und gegenseitige Anfeindungen das politische Klima in der Stadt. Im Landkreis Bautzen war im Winter 2020 die Kritik an den Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 Treiber der Konflikte. Entlang der Bundesstraße B96 verschafften Bürger*innen zwischen Zittau und Bautzen ihrem Unmut Ausdruck, indem sie sich über Monate sonntags mit Protestschildern – darunter auch Kaiserreichs- und Reichkriegsflaggen – an der Straße aufreichten.

Die Ankunft von Geflüchteten seit Sommer 2015 führte parallel zur Belegung und Neuformierung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich zunächst für die Unterstützung der Geflüchteten und im weiteren Verlauf für die Förderung humanistischer und demokratischer Werte in der Stadt engagierten. 2019 wurden im Rahmen des genannten Projekts über 70 Akteur*innen der ehren- und hauptamtlichen Zivilgesellschaft, sowie aus Lokalpolitik und Verwaltung zu den Konflikten, die Ehrenamtliche in Bautzen seitdem erleben, befragt. Die Gespräche bestärkten den Eindruck einer zunehmend polarisierten Gesellschaft, in der Bürger*innen zu den Polen „rechts und links“ eingeteilt werden. Rechts, wenn sie sich gegen die weitere Aufnahme und Unterstützung von Geflüchteten aussprachen und links, wenn sie sich dafür aussprachen bzw. aktiv Hilfe leisteten. Obwohl eine Einteilung der Bürger*innen anhand ihrer Haltung zur Asylpolitik der Bundesrepublik per se keine Einteilung in politische Spektren zulässt, erfasste diese gefühlte Polarisierung weite Teile der Stadtgesellschaft und erzwang geradezu eine Positionierung von den Bautzener*innen. Infolgedessen wurde uns vielfach über die Spaltung von sozialen Strukturen wie Familien, Freundes- und Arbeitskreisen berichtet. Aufgrund dieser Belastungen folgte ein deutlicher Rückgang von ehrenamtlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement ab dem Jahr 2018. Das polarisierte Denken wirkt sich auch auf die Alltagspraxen der Bürger*innen aus, indem sie sich aus Furcht vor persönlichen Nachteilen weder im Öffentlichen noch im Privaten frei zu (vermeintlich) kontroversen Themen äußern. Es scheint, dass dadurch der demokratische Debattenprozess gefährdet ist, da es in Folge nicht mehr zur Aushandlung jener Bedürfnisse kommen könnte, die hinter den ideologisch aufgeladenen Konflikten stehen.

Vor dem Hintergrund einer so stark polarisierten Stadtgesellschaft, wurde die Aufmerksamkeit im Projekt im weiteren Verlauf insbesondere auf die ehrenamtlichen Initiativen und Organisationen gelenkt, in denen Menschen mit unterschiedlichen politischen und ideologischen Hintergründen nach wie vor zusammenkommen und sich austauschen.

Mikro-Öffentlichkeiten als Räume demokratischen Aushandelns und Lernens!?

„Es ist ungefähr, sag mal 80% wird gearbeitet und 20% wird getratscht. [...] das ist ganz wichtig, über alles Mögliche zu reden und dann sind die verschiedenen Positionen gar nicht mehr verschieden. [...] da man im Grunde genommen sich ja versteht.“
(Ehrenamtliche*r)

Mikro-Öffentlichkeiten sind Orte gezielter organisierter Gruppenaktivitäten, an denen Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen zusammenkommen. Sie bieten die Möglichkeit, aus festen Interaktionsmustern auszubrechen und neue Arten der Beziehung zu entwickeln (vgl. Valentine, 2008: 331). Ihnen wird in verschiedenen Disziplinen eine besondere Bedeutung für die soziale Integration zugeschrieben. Der Blick dieser Studien zu Mikro-Öffentlichkeiten richtet sich auf Aushandlungen und Verständigungsprozesse über soziale Differenzen hinweg, die oft quartiersbezogen stattfinden, denn „die Aushandlung von Unterschieden erfolgt auf lokaler Ebene durch alltägliche Erfahrungen und Begegnungen“ (Amin, 2002: 959). Lokale Mikro-Öffentlichkeiten scheinen demnach ein integrierender Alleskönner zu sein: Sie können Brücken über soziale Grenzen hinweg schaffen (ebd.), sie bieten gemeinsame Normen und

Erwartungen, die den Umgang miteinander regeln (vgl. Valentine, 2008: 329) und können emanzipativ und empowernd wirken (vgl. Hrycak und Rewakowicz, 2009). Als verbindendes Element dieser heterogenen Gruppen werden gemeinsame Interessen und das Engagement für geteilte Ziele durch gemeinsame Aktivitäten beschrieben (vgl. Amin, 2002). Auch in Bautzen konnten wir solche heterogenen Gruppen in Form von ehrenamtlichen Quartiersinitiativen, Sportvereinen, Kirchengemeinden oder Bündnissen finden. In unserer Beobachtung stärkte sich die Annahme, dass die integrativen Effekte auch bei verschiedenen politischen und ideologischen Hintergründen wirksam sind. Neben ihrem Kerngeschäft scheinen diese „Aushandlungsorte“ dadurch auch das Gespräch zwischen den Polen am Laufen zu halten. Hier vermuten wir Einflussfaktoren auf die Förderung demokratischen Aushandelns und Lernens, welche Gegenstand unserer weiteren Forschung sind.

Für die Kommunale Konfliktberatung könnten also diese Aushandlungsorte relevant sein, insofern als sie die Möglichkeit bieten, Menschen verschiedener sozialer Gruppen zu erreichen und mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Vor allem in großen Kommunen gibt es sowohl auf städtischer als auch auf Stadtteilebene eine Reihe von Orten, welche die oben beschriebenen Eigenschaften mitbringen. Ein Beispiel dafür ist Halle-Neustadt, wo in den letzten Jahren einige solcher Orte entstanden sind. Wichtige Gelingensfaktoren sind die Sichtbarkeit und die Zugänglichkeit dieser Orte. Sie dürfen nicht von einer bestimmten Gruppe dominiert werden, sondern sollten von verschiedenen Gruppen bespielt werden, um den inklusiven Charakter dieser Orte auch in der Wahrnehmung der Bürger*innen zu stärken. Zudem können parteiübergreifende breite Bündnisse, die eine starke gesellschaftliche Mitte einbeziehen, ein

Ausgangspunkt für die Aushandlung zwischen Angehörigen verschiedener polarisierter Lager sein. Schließlich kann die Stärkung und ggf. die Adaption von Aushandlungsorten in Form von Mikro-Öffentlichkeiten ein wirksames Instrument gegen die voranschreitende Polarisierung der Gesellschaft sein.

Autor:

Sven Messerschmidt ist seit 2017 Wissenschaftlicher Mitarbeiter für Stadt- und Raumsoziologie an der FH Erfurt, Fakultät Architektur und Stadtplanung. Er forscht zu unterschiedlichen Teilfragen sozialer Ungleichheit und sozialen Zusammenhalts auf lokaler Ebene wie zu zivilgesellschaftlichem Engagement und Bürger*innengesellschaft, Zuwanderung und Postmigrantische Gesellschaft, Zugehörigkeit und Citizenship.

Literatur:

Amin, A. (2002).

Ethnicity and the Multicultural City: Living with Diversity.

In: Environment and Planning, 34, 959-980.

Hrycak, A., Rewakowicz, M. (2009).

Feminism, Intellectuals and the Formation of Micro-Publics in Postcommunist Ukraine.

In: Studies in East European Thought, 61, 309-333.

Valentine, G. (2008).

Living with Difference: Reflections on Geographies of Encounter.

In: Progress in Human Geography, 32(3), 323-337.

Konfliktberatung in Zeiten zunehmender politischer Polarisierung

Sebastian Salzmann & Dr. Johannes Hoppe

Eine der zentralen Herausforderungen der Konfliktberatung und -bearbeitung ist der Umgang mit der „Verhärtung“ oder „Polarisierung“ sozialer Konflikte (vgl. Decker et al., 2020: 82). Gesellschaftliche Veränderungen – etwa im Zusammenhang mit Migration – beeinflussen auf vielfältige Weise das gesellschaftliche Miteinander. Diese Veränderungen werden von sozialen Konflikten begleitet, die z. B. entstehen können, wenn bisher nicht vernehmbare Stimmen ebenfalls gehört werden wollen, bestehende Hierarchien brüchig werden und/oder Personen den Eindruck haben, nicht mehr gehört zu werden. Es müssen also Positionen neu verhandelt und diskutiert werden (vgl. Berndt & Gatzemeier, 2018). Angesichts einer komplexer werdenden Gesellschaft führen diese Veränderungen auch zu Unsicherheit(en). Welche Antworten, Erklärungen und Positionierungen werden von Menschen gefunden, die diese neuen gesellschaftlichen Herausforderungen erleben? Je nach Biografie und Verortung im politisch-sozialen Gefüge kann die Antwort unterschiedlich ausfallen. Nicht selten erfolgt in diesen Fällen aber auch ein Rückzug auf eine *feste* Position, die fortan ‚verteidigt‘ wird. So entsteht der Eindruck einander gegenüberstehender Gruppen oder Positionen.

Was genau heißt nun „politische Polarisierung“ – und welche Probleme sind mit ihr verbunden? Der häufig gehörte Satz: „Da sage ich jetzt nichts zu, sonst werde ich in die rechte Ecke gestellt“ gibt einen Hinweis darauf, was das Problem sein könnte. Was steckt

hinter dieser Aussage? *Eine* Sichtweise ist, dass der/die Sprecher*in die Gesellschaft als polarisiert wahrnimmt, also davon ausgeht, dass an die Stelle einer Gesellschaft zahlreiche Gruppen gerückt sind, die sich konkurrierend gegenüberstehen. In der Diskussion des Workshops „Konfliktberatung in Zeiten zunehmender politischer Polarisierung“ (im Rahmen der Partnerfachtagung) wurden als weitere Beispiele für politische Polarisierung außerdem der Umgang mit gendersensibler Sprache, die Aufteilung in sogenannte „Corona-Leugner*innen“ und „Corona-Mahner*innen“ sowie Konflikte im Zusammenhang mit der Ein- oder Errichtung von Moscheen und Unterkünften für Geflüchtete genannt. In allen Fällen geht die Übernahme einer bestimmten Position mit der Zuordnung in einem gesellschaftlichen ‚Raum‘ einher – bisweilen natürlich auch mit extremen Positionen, die außerhalb des demokratischen Rahmens zu verorten sind (vgl. Engels & Salzmann, 2020).

Grundsätzlich wird Polarisierung in diesem Zusammenhang als *Gegensätzlichkeit* von Werten und Einstellungen politischer Akteur*innen verstanden, die darüber hinaus mit einer empfundenen oder tatsächlichen *Distanz* zwischen verschiedenen Positionen und Ansichten einhergeht. Was innerhalb einer demokratischen Streit- und Gesprächskultur nicht problematisch sein müsste, kann sich allerdings zu Konflikten entwickeln, in deren Verlauf die Konfliktlinien starrer, verhärteter werden – vor allem dann, wenn die genannte Verhärtung mit einer Überbetonung der Gruppenidentität einhergeht.

Als Gruppenidentität oder soziale Identität lässt sich jener Aspekt der eigenen Identität verstehen, der mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe verbunden ist (Tajfel/Turner, 2004 [1986]).

Diese Zugehörigkeit kann einzelnen Menschen Orientierung bieten – der eigene ‚Pol‘ wird in diesem Fall zum ‚Leitstern‘ eigenen Handelns und Denkens. Auf der Kehrseite bedarf dies der Rechtfertigung, mitunter der Überhöhung dieser Position. Gesellschaftliches Miteinander wird dabei zunehmend als ein ‚Gegeneinander‘ einzelner Gruppen gedeutet. Mit anderen Worten: Die Verschiedenheit wird betont, eine Wir-Gruppe schließt ‚die Anderen‘ aus und das Verbindende gerät immer weiter aus dem Blick. Derartige Entwicklungen wirken sich zugleich auf die Möglichkeiten der Teilhabe aus – sei es durch aktiven Ausschluss oder durch Passivität und Abkehr. Die Schuld für diese Entwicklung wird fast ausschließlich bei ‚den Anderen‘ gesehen oder gesucht. Die Dynamik schwankt dementsprechend zwischen Offenheit für andere Standpunkte und ‚Abschottung‘ der eigenen Perspektive, der Position und der Identität (vgl. Straub, 2016). In diesem Zusammenhang ist auch die Bedeutung sozialer Medien hervorzuheben, die nicht nur zu einer schnelleren Verbreitung von Informationen führen, sondern in vielen Fällen bestehende Wahrnehmungen verfestigen. Hier werden insbesondere Informationen aufgenommen, die der eigenen ‚Filterblase‘ entstammen und dem eigenen Weltbild zusagen. Dabei gewinnen eindeutige Erklärungen an Attraktivität, weil sie Orientierung und Handlungsfähigkeit versprechen.

In Bezug auf eine mögliche Übernahme neuer oder ‚fremder‘ Perspektiven bedeutet dies: Leichter gesagt als getan! Nicht zuletzt die emotionale und affektive Dimension vielschichtiger Konflikte in einer sich verändernden Gesellschaft machen die Einsicht in das eigene Denken und Handeln schwieriger. So kann Wut oder Verzweiflung eine mögliche Reaktion auf gesellschaftliche Unsicherheiten darstellen, wodurch die Aufwertung des eigenen ‚Leitsterns‘ umso dringlicher erscheint.

Welche Strategien könnten nun im Umgang mit der skizzierten Problemlage hilfreich sein? Ein zentrales Mittel der Konfliktberatung und -bearbeitung in polarisierten Konflikten ist das Schaffen von ‚Räumen‘. Von persönlichen Gesprächen zwischen Individuen bis hin zu öffentlichen Diskussionsveranstaltungen sind viele Formen von ‚Räumen‘ denkbar, deren Anliegen es ist, Teilhabe und Diskussion zu ermöglichen. Zentral ist es sodann, mit Beteiligten über ihre *konkrete* Situation zu sprechen: Was beschäftigt oder beunruhigt uns hier vor Ort? Im Zuge der Konfliktbearbeitung sollte ein Weg gefunden werden, Positionen anzuhören und Verständnis auszudrücken, ohne Einverständnis zu erklären. Hierdurch kann Wertschätzung gegeben werden, ohne den/die andere*n abzuwerten. Dies gilt jedoch vor allem für persönliche Gespräche, ohne die Anwesenheit Dritter.

In öffentlichen Räumen besteht eine Schwierigkeit insbesondere im Umgang mit antidemokratischen Positionen: Wie kann die Instrumentalisierung von Öffentlichkeit vermieden werden? Findet solch ein Gespräch mit Teilnehmenden, die antidemokratische Positionen vertreten, öffentlich statt, muss es einen klaren Rahmen geben (siehe hierzu ausführlicher die Beiträge von Prof. Dr. Heike Radvan und Anna Stein in diesem Band). Dazu kann es hilfreich sein, das Thema einer Diskussionsveranstaltung möglichst zu konkretisieren und nicht themenoffen einzuladen, damit auch über konkrete Probleme gesprochen werden kann. Parallel dazu ist es wichtig, dass die Übernahme von Narrativen und Begriffen kritisch begleitet werden, die Unterschiede zwischen Gruppen verfestigen. Somit können auch festschreibende Formulierungen vermieden werden, um die Betonung von Polarisierung und ‚Blöcken‘ nicht in den Konflikt zu tragen. Wichtig ist hierbei auch die Selbstvergewisserung

über die eigene demokratische Haltung. Sie sichert den Rahmen ab, in dem ein Konflikt bearbeitet werden kann bzw. Unsicherheiten und der Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen vor Ort adressiert werden können.

Autoren:

Sebastian Salzmann, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum. Forschungs- und Interessenschwerpunkte: sozialpsychologische Konflikt- und Gewaltforschung; Geschichte u. Tradierung politischer Ideologien; Handlungstheorie

Dr. Johannes Hoppe, Dipl.-Psych., ist Berater des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung.

Literatur:

Berndt, H., Gatzemeier, U. (2018).

Konflikt als Motor für Bürgerbeteiligung – Kommunale Konfliktberatung in der Altmark. In: eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft, 10/18 vom 17.10.2018.

URL: https://www.vfb-saw.de/wp-content/uploads/2020/11/nbb_beitrag_gatzemeier_berndt_180713.pdf [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Engels, C., Salzmann, S. (2020).

Zur ‚alltäglichen‘ Integration und Mobilisierung von Verschwörungsideologien. In: psychosozial, 159, 39–49.

Decker, O., Kiess, J., Schuler, J., Handke, B., Pickel, G., Brähler, E. (2020).

Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker, E. Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken. Neue Radikalität – alte Ressentiments. Leipziger Autoritarismus Studie 2020 (27–88). Gießen: Psychosozial.

Straub, J. (2016).

Religiöser Glaube und säkulare Lebensformen im Dialog: Personale Identität und Kontingenz in pluralistischen Gesellschaften. Gießen: Psychosozial.

Tajfel, H., Turner, J. C. (2004 [1986]).

The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In: J. T. Jost, J. Sidanius (Hrsg.), Political Psychology: Key Readings (276–293). Hove: Psychology Press.

Dialogformate in Kommunen. Beispiele und besondere Herausforderungen für gelungene Beteiligung im ländlichen Raum

Anna Stein

Bürger*innen haben häufig den Eindruck, keinen Einfluss auf die Entscheidungen von Politik und Kommunalverwaltung nehmen zu können. Gleichzeitig befinden sich lokale Mandatsträger*innen in einer ständigen Rechtfertigungsspirale, da sie in der Wahrnehmung der Bürger*innenschaft oft das Gesicht für die Entscheidungen auf Landes- und Bundesebene sind, auf die sie wiederum auch nur sehr bedingt Einfluss haben. Die Bewältigung der Diskrepanzen, die daraus entstehen und die Thematisierung gegensätzlicher Positionen, die sich immer mehr verhärten, sind eine ganzheitliche Aufgabe in vielen deutschen Kommunen. In diesem Zusammenhang spielt die Beteiligung von Bürger*innen am kommunalen Leben eine große Rolle.

Die Formen der Durchführung von Dialogformaten sind vielfältig: Neben jenen Formaten, die eine aktive Beteiligung der Bürger*innen anstreben und die darauf abzielen, den Ort, in dem man lebt mitzugestalten und das Gemeinwohl und die Einflussnahme zu stärken, gibt es auch Informationsveranstaltungen, die eher zum Ziel haben, auf bereits getroffene Entscheidungen hinzuweisen bzw. diese zu legitimieren oder um Zustimmung zu werben.

Aber was ist gelungene Beteiligung? Wie können bestehende Spannungen bearbeitet und konstruktiver Dialog, der ein gegenseitiges

Zuhören ermöglicht und den Positionen, Interessen und Bedürfnissen der jeweils anderen Partei Raum gibt, gestaltet werden?

Ob die Durchführung von Dialogformaten erfolgreich ist und Wirkung erzielt, ist von verschiedenen Faktoren abhängig. So spielt bei der Gestaltung von Dialogformaten nicht nur die Frage „wer mit wem und zu welchem Zweck“ miteinander spricht eine wichtige Rolle. Auch und vor allem das „wie“ miteinander gesprochen wird ist bedeutsam.

Formate, die an einem Ort und in einer Situation gut funktionieren, sind nicht immer und nicht in jeden anderen Kontext übertragbar. In manchen Situationen ist beispielsweise eine informellere, lockere Atmosphäre von Vorteil, während es in anderen Situationen einer klaren Struktur und Gesprächsregeln bedarf. Als herausfordernd hat sich gezeigt, Perspektiven marginalisierter Gruppen, wie zum Beispiel wohnungsloser Menschen oder migrantischer Personen, in Dialogformaten zu repräsentieren und ihre Sichtweisen so in Entscheidungsprozesse miteinzubeziehen.

Darüber hinaus kann eine fehlende oder gestörte Identifikation mit der eigenen Kommune (sei es durch Zuzug oder veränderten Einflussmöglichkeiten und einer damit einhergehenden Ablehnung neuer Strukturen durch Gebietsreformen) zu einer Ablehnung von Entscheidungen führen. Die Schaffung nachhaltiger Beteiligungsstrukturen unter Einbezug vorhandener Ressourcen kann sowohl ein Mittel gegen Demokratiemüdigkeit als auch ein Motor für Engagement und Selbstwirksamkeit in Kommunen sein. An den Orten, an denen Bürger*innen einbezogen werden, sich gehört und mit ihren Anliegen ernst genommen fühlen, werden sie auch mit

höherer Wahrscheinlichkeit die Verantwortung für Entscheidungen mittragen, getroffene Verabredungen verteidigen und sich in die Gestaltung ihrer Kommune einbringen. Miteinander sprechen und konstruktive Kommunikation ist eine große Herausforderung. Bestehende Hierarchien, Eigeninteressen und schlechte Rahmenbedingungen führen nicht selten zu mehr Abwendung von der Stadt- und Gemeindepolitik und Frustration innerhalb der Bürger*innenschaft.

Die Partnerschaft für Demokratie des Altmarkkreises Salzwedel hat in den vergangenen Jahren verschiedene Beteiligungsformate begleitet. Ihr gelingt als übergeordnete Stelle, angegliedert an die Kommunalverwaltung, ein Zugang zu verschiedenen Interessensgruppen. Dabei wurden verschiedene Erfahrungen im Rahmen von erfolgreichen Beteiligungsprozessen gesammelt: Bereits die Entscheidung, wer zu einem offenen Dialogangebot einlädt, sollte gut überlegt sein, denn häufig haben Machtunterschiede Einfluss auf deren Verlauf. Das Anliegen sollte immer sein, einen Dialog mit Teilhabemöglichkeiten zu eröffnen, um demokratiefeindliche Diskurse zu überwinden und Gemeinwesen und Gemeinwohl zu gestalten und zu stärken. Verabredungen und Zuständigkeiten hinsichtlich der Organisation des Prozesses müssen verbindlich festgelegt und die Beteiligten über deren Verlauf und Stand im Nachgang informiert werden. Ein Mandat ist für die Verbindlichkeit des Prozesses und die Nachbereitung von Vorteil – sei es durch Verwaltungsspitzen, Stadtrat oder aus Interessengruppen heraus.

Ländliche Regionen stehen dabei vor besonderen Herausforderungen, denn weite Wege und eingeschränkte Mobilität erschweren z. B. die Teilnahme an Beteiligungsprozessen. Ein weiterer Aspekt ist

die Identifikation der Menschen mit ihrer Kommune. Obwohl Gebietsreformen oftmals schon lange zurückliegen, ist die Wahrnehmung oft noch eine andere. Auch dies hat Auswirkungen darauf, inwiefern sich Menschen von Einladungen zu Beteiligungsformaten angesprochen fühlen, wenn diese an Orten stattfinden, denen sie sich nicht zugehörig fühlen. Die Akteur*innenlandschaft ist in ländlichen Räumen im Gegensatz zu Städten jedoch überschaubar und ermöglicht durch kürzere Wege in der Ansprache oft einen schnelleren Vertrauensaufbau und bessere Anpassungen an individuelle Bedarfe.

Anhand von zwei Praxisbeispielen soll gezeigt werden, wie mit den genannten Bedingungen umgegangen wurde. In einer ländlichen Kommune in Sachsen-Anhalt gab es seit Jahren das Bemühen, ein Jugendparlament zu installieren. Konkrete Ideen verliefen immer wieder im Sande und scheiterten vor allem an der Begleitung, da dafür feste Stellen in der Kommune fehlten. Aus einem Jugendprojekt heraus entwickelte eine Gruppe interessierter Schüler*innen die Idee eines Jugendparlamentes für ihre Stadt. Die Ansprache und Suche nach Mitstreiter*innen, die Gestaltung der Wahl und die Festlegung aller anderen Modalitäten wurde von den Jugendlichen selbst organisiert und festgelegt. Absprachen, Erwartungen und Verbindlichkeiten wurden mit der Stadt vereinbart und die Arbeitsfähigkeit mit gezielter Unterstützung hergestellt. Das Jugendparlament ist trotz aktueller Herausforderungen arbeitsfähig und nimmt seine ersten Aufgaben und die Umsetzung seiner Ideen wahr. Dieses Beispiel zeigt, dass die Ansprache schwer erreichbarer Gruppen am besten aus der Zielgruppe und aus einem möglichst großen Eigeninteresse heraus gelingt.

In einem Quartier wurde ein Bürger*innengespräch organisiert. Dazu geladen waren neben Anwohner*innen auch Vertreter*innen des Stadtrates. In gemütlicher Atmosphäre tauschten sich die Interessierten über Probleme und Wünsche in ihrem Stadtteil aus und hielten realistische Vorschläge als Bestandteil eines weiteren gemeinsamen Vorgehens fest. Es folgten Müllsammelaktionen und die Idee eines Gemeinschaftsgartens. Vor allem aber kam es zu einem Dialog mit Stadtratsmitgliedern, jenseits von kommunalen Fragestunden. Anliegen konnten direkt adressiert werden, Verständnis füreinander wurde hergestellt und eine Fortsetzung des Prozesses konnte vereinbart werden. Die neutrale Ansprache aus der Partnerschaft für Demokratie heraus und die Wahl des Ortes hat dazu geführt, dass die beteiligten Akteursgruppen zu einem informellen Austausch motiviert werden konnten, der alle Meinungen zugelassen hat und dadurch attraktiv für die Beteiligten war.

Beide Beispiele haben gezeigt, dass Dialogformate einer ständigen Nachjustierung bedürfen und Fehler erlaubt sind. Zudem müssen die Akteur*innen vor Ort soweit gestärkt und befähigt werden, nachgeschaltete Prozesse zu gestalten und aufgebaute Erwartungen erfüllen zu können. Konflikte, Spannungen und unterschiedliche Ansichten können genutzt werden, um Teilhabe am kommunalen Leben zu stärken und dadurch Selbstwirksamkeitserfahrungen zu ermöglichen.

Bei der Durchführung von Dialogformaten ist eine fortlaufende Anpassung der Methoden an die konkreten Bedingungen vor Ort und eine ständige Reflexion über intendierte oder nicht-intendierte Wirkungen wichtig. Erfolgreiche Dialogformate zeichnen sich unter anderem dadurch aus, dass unterschiedliche Ansichten

und Spannungen im Zusammenleben sichtbar werden und dies zu einem besseren Verständnis füreinander beiträgt. Dialogformate können Räume sein, in denen greifbar wird, dass Bürger*innen wirkungsvoll das kommunale Leben mitgestalten können.

Autorin:

Anna Stein, M.A, ist Beteiligungsmoderatorin und hat Germanistik und Pädagogik an der Otto-von Guericke-Universität in Magdeburg studiert. Sie koordiniert seit 2017 die Partnerschaft für Demokratie des Altmarkkreises Salzwedel und hat das Modellvorhaben „Demokratieförderung durch Kommunale Konfliktberatung in der Altmark“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geleitet.

Virtuell an realen Konflikten arbeiten – Chancen und Risiken für die Konfliktbearbeitung

Krischan Oberle

Der Titel dieses Beitrags, *Virtuell an realen Konflikten arbeiten*, ist ein Arbeitstitel, der die gängige Unterscheidung zwischen realen und virtuellen Räumen und Konflikten illustriert. Diese Trennung ist problematisch, wie sich an den Beispielen von Christoph Landscheidt, Bürgermeisterkandidat in Kamp-Lintfort während des Wahlkampfs 2019/20 (Frigelj, 2020), und der Feministin und Vloggerin Anita Sarkeesian zeigt (Romano, 2020; Sarkeesian et al., 2020). Angesichts massiver Anfeindungen Landscheidts in Bezug auf seine städtische Migrationspolitik hatte er im Wahlkampf den Erwerb einer Waffe zur Selbstverteidigung angekündigt. Sarkeesian wurde wegen ihrer Arbeiten zur Rolle von Frauen in Videospielen online und offline angegriffen und musste unter Polizeischutz leben. Virtuelle Angriffe in Form von Hatespeech oder Shitstorms haben vergleichbare Auswirkungen auf Körper und Psyche wie Übergriffe in Offline-Räumen und übersetzen sich in Offline-Gewalt. Außerdem wird an den Beispielen deutlich, dass sich Ausschlüsse und Diskriminierungen in virtuellen Räumen reproduzieren. Oft sind Menschen mit Diskriminierungserfahrungen besonders gewaltvollen Übergriffen im Netz ausgesetzt.

Love Storm, ein Projekt des Bund für Soziale Verteidigung, arbeitet in Form von Rollenspielen an realen Konflikten, die in virtuellen Räumen stattfinden. Ein Beispiel sind Hassreaktionen auf eine

Willkommensfeier für Geflüchtete in einem sozialen Netzwerk. Durch die Arbeit findet Capacity Building, also die Stärkung einer Konfliktpartei, zu Gegenrede und digitaler Zivilcourage statt. Ziele sind, Angegriffene zu schützen, Zuschauende zu mobilisieren und Angreifer*innen gewaltfrei Grenzen zu setzen. Teilnehmende beteiligen sich online koordiniert an gewaltfreien Aktionen wie dem Aktionstag #NetzohneAntisemitismus zum Jahrestag des rechtsextrémistischen Anschlags in Halle.

Capacity Building ist eine Form der Konfliktbearbeitung, die weit über Mediation oder Vermittlung hinausgeht. Die Intervention in den Konflikt bleibt allparteilich, trägt jedoch zur Selbstermächtigung (Empowerment) einer Konfliktpartei bei. Alice Walker, Schwarze Bürger*innenrechtlerin und Autorin aus den USA sagte: „Der häufigste Weg, auf dem Menschen ihre Macht abgeben, ist, dass sie denken, sie hätten keine Macht“ (Walker, o.J.).

Die Frage nach Empowerment, Sichtbarkeit und Beteiligung stellt sich in Konflikten unabhängig von der Arena, wo sie ausgetragen werden. Heike Radvan beschreibt im einleitenden Beitrag dieses Buches, dass marginalisierte Gruppen bei den Cottbusser Bürger*innen-Dialogen kaum Gehör fanden. Einerseits, weil dominante, etablierte und insbesondere menschenverachtende Positionen viel Raum einnahmen und als Konfliktpartei ernst genommen wurden. Andererseits, weil marginalisierte Gruppen in diesen Räumen von vorneherein nicht teilnahmen aus Angst, nicht genügend Schutz vor (sprachlicher) Gewalt zu erfahren oder weil sie von den Treffen nicht wussten.

Die Ressourcen und Sichtbarkeit verschiedener Konfliktparteien unterscheiden sich grundlegend und damit deren Möglichkeiten

von Teilhabe an Konfliktbearbeitung. Diana Francis (2012: 27–53) verweist in ihrer People Power Theory darauf, dass es an einem Zeitpunkt X nicht zu einer Konflikttransformation (Francis spricht von „Konfliktlösung“) beitragen könne, Konfliktparteien direkt in Aushandlungsprozesse zu bringen, wenn eine starke Machtungleichheit vorherrsche. Erst durch Bewusstseinsbildung, Mobilisierung, Gruppenorganisation und Empowerment könnten schwächere Parteien in eine offene Konfrontation durch gewaltfreie Aktionen gehen. Diese Eskalation ermöglichte wiederum eine Konfliktbeilegung durch Verhandlungen auf Augenhöhe. In kommunalen Konflikten, beispielsweise um Obdachlosigkeit, folgt daraus, dass Menschen ohne festen Wohnsitz bei einer gemeinsamen Kommunikation ihrer Interessen durch Organisationsunterstützung und Trainingsarbeit gestärkt werden können.

Francis' Perspektive zeigt: das Empowerment von an den Rand gedrängten Menschen ist ein Beitrag zu Konflikttransformation. Es folgen einige Beispiele, wo die Arbeit online Potenzial für die Konflikttransformation hat:

- Konfliktanalyseworkshops, die zu einem besseren Verständnis der eigenen Situation beitragen. Gruppen können sich online treffen, um geteilte Erfahrungen auszutauschen, Schlüsselakteur*innen und Konfliktlinien zu identifizieren und Bearbeitungsstrategien zu planen.
- Im Rahmen des Friedensprozesses in Kolumbien wurde stark auf einen virtuellen Beteiligungsprozess gesetzt. Vorschläge und Rückmeldungen konnten von Einzelpersonen und organisierten Gruppen über eine Online-Plattform eingebracht

werden. So fanden Perspektiven und Positionen Berücksichtigung, die in klassischen Track 1 Verhandlungen nicht sichtbar werden. Der Prozess kann zum Vorbild genommen werden, um auch in kommunalen Konflikten Menschen zu beteiligen, die an herkömmlichen Formaten nicht teilhaben, weil sie nicht die gleiche Sprache (Fremdsprache/ Jugendsprache etc.) sprechen oder sich in bestimmten Räumen nicht wohlfühlen. Um eine Partizipation relevanter Akteur*innen zu erreichen muss gruppenspezifisch gefragt werden: wie können Ansprache und Kommunikationswege, wie Beteiligungsmöglichkeiten ausgestaltet sein?

- Niedrigschwellige digitale Kommunikationswege erlauben es, (über den eigenen Kontext hinaus sichtbar) Themen zu setzen, unhaltbare Situationen zu dokumentieren und öffentlich zugänglich zu machen. Sie sind besonders wertvoll, da Zugänge zu klassischen Medien besonders stark von Klassismus, Rassismus, und Etabliertenvorrechten bestimmt sind. Insbesondere in Staaten, in denen Menschenrechtsverbrechen an der Tagesordnung sind, ermöglicht Digitalisierung die Dokumentation dieser Verbrechen. Sie übt Druck auf die Täter*innen und deren Verbündete aus und ist für die Post-Conflict Phase in Prozessen der Vergangenheitsbewältigung unerlässlich.
- Gerüchtekontrolle und damit einhergehende Eskalationsprävention sind zentrale Bausteine digitaler Konfliktbearbeitung. 2015 tat sich hoaxmap.org im deutschen Sprachraum als good practice-Beispiel hervor, wie Fake News zu vermeintlichem Fehlverhalten von Geflüchteten entkräftet

werden können. Mittlerweile haben sich Portale wie [correctiv.org](https://www.correctiv.org) mit ihrem Faktencheck und [mimikama.at](https://www.mimikama.at) etabliert. Die Arbeit von Organisationen wie Nonviolent Peaceforce zeigt, dass schnelle Kommunikation zur Vermeidung von Gewalt große Bedeutung hat (Easthom, 2020).

Die virtuelle Arbeit mit Konflikten birgt nicht nur Chancen, sondern bringt auch Herausforderungen mit sich. Beispielsweise stößt Beziehungsarbeit in Online-Räumen schnell an ihre Grenzen, da viel der zwischenmenschlichen Kommunikation wie Körpersprache oder die Wahrnehmung von Emotionen verloren geht. Gerade die Arbeit an Traumata und Diskriminierungserfahrungen benötigt Präsenz. In den Projekten *Starke Nachbar*innen* von EIRENE oder *Stark gegen Diskriminierung und Gewalt* des BSV erschwert die Corona-Pandemie die Arbeit. Vertrauensaufbau ist in Präsenz schwierig, in digitalen Räumen (fast) unmöglich. Vertrauen braucht gute Atmosphäre, Körperlichkeit und -sprache sowie informelle Räume, was in Online-Settings nur unzureichend gegeben ist.

Digitale Kommunikation schafft neue Ausschlüsse, für die die Konfliktbearbeitung sensibel sein muss. Älteren Generationen sowie ökonomisch und sozial Benachteiligten fällt digitale Teilhabe besonders schwer. Das im vergangenen Jahr aufgrund der Pandemie eingeführte Homeschooling hat gezeigt, dass Zugang zu Technik, Medienkompetenz im direkten Umfeld und ungestörtes Arbeiten in einem eigenen Raum entscheidende Faktoren sind, die gesellschaftlich sehr unterschiedlich verteilt sind. Medienkompetenztrainings und die Bereitstellung von Technik und Räumen sind Teil empowernder Konfliktbearbeitung.

Digitalisierung birgt Chancen und Risiken für die Konfliktbearbeitung. Bereiche wie Teilhabe an Prozessen und Diskurs, Capacity Building für marginalisierte Konfliktparteien (Empowerment durch Organisation, Sichtbarmachung und Trainingsarbeit), Gerüchtekontrolle und Deeskalationsarbeit oder Zivilcourage können auch oder besonders virtuell gestärkt werden. Andererseits schafft digitales Arbeiten neue Ausschlüsse und sensible Aspekte können nur unzureichend angegangen werden.

Autor:

Krischan Oberle ist Bildungsreferent beim Bund für Soziale Verteidigung e.V., einem Fachverband für gewaltfreie Konfliktaustragung und ehrenamtlich bei EIRENE International aktiv, einer NGO mit einem Schwerpunkt in der personellen Friedensarbeit. Er arbeitet freiberuflich als Trainer und Berater für Konflikttransformation.

Literatur:

Easthom, T. (2020).

Rumor Control & Hate Speech in South Sudan. Swisspeace, URL: <https://www.swisspeace.ch/apropos/rumor-control-hate-speech-in-south-sudan/> [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Francis, D. (2002).

People, Peace and Power: Conflict Transformation in Action. London: Pluto Press.

Frigelj, K. (2020, 17.01.).

„Eine notwendige Provokation“. In: Welt,

URL: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article205104310/Kamp-Lintfort-Waffenschein-Forderung-notwendige-Provokation.html> [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Romano, A. (2020, 20.01.).

What we Still Haven't Learned from Gamergate:

Gamergate Should Have Armed us Against Bad Actors and Bad-Faith Arguments. It didn't. In: Vox,

URL: <https://www.vox.com/culture/2020/1/20/20808875/gamergate-lessons-cultural-impact-changes-harassment-laws> [zuletzt abgerufen: 14.02.2022].

Sarkeesian, A. et al. (2020).

Feminist Frequency. URL: <https://www.youtube.com/user/feministfrequency> [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Walker, A. (o.J.),

Ohne Titel, zitiert u. übersetzt nach Wikiquote (2020):

Alice Walker. Wikiquote. URL: https://en.wikiquote.org/wiki/Alice_Walker [zuletzt abgerufen: 14.01.2022].

Zusammenfassung bzw. Schlussfolgerungen: Gesellschaftliche Spaltungstendenzen und die Bedeutung des Hin-Hörens in der Kommunalen Konfliktberatung

Sylvia Lustig

Dieser Beitrag ist von den umfassenden und diversen Diskussionen innerhalb der Fachtagung des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V. (November 2020) inspiriert und nimmt einige der dort vertretenen Argumentationsstränge auf.

Uns Autor*innen dieses Bandes verbindet, dass wir die Aufgabe angenommen haben, konstruktiv und auf der Basis demokratischer Werte und Prozesse mit Konflikten und Konfliktpotenzialen umzugehen oder diesen Umgang zu erforschen. Zusammen haben wir eine Menge an Fachwissen, Prozesskenntnis sowie Erfahrungen im praktischen sowie im erforschenden Handeln. Wir sind Teil eines Netzwerks von Praktiker*innen der Konfliktberatung, Forschenden zu Konfliktbearbeitung und Vertreter*innen aus Kommunen, Landes- und Bundespolitik, die Interesse daran haben, den gewaltfreien Umgang mit Konflikten im kommunalen Raum zu unterstützen, um ein friedliches Zusammenleben zu fördern.

Eine konstruktive, auf Verständigung zielende Konfliktbearbeitung unter Einbeziehung der Bedürfnisse aller Betroffenen ist nach wie vor in vielen kommunalen Räumen nicht selbstverständlich. Aktuell verstärken zunehmende Spaltungstendenzen und Polarisierungen

die Notwendigkeit konstruktiver Konfliktbearbeitung und haben mancherorts gleichzeitig die Kraft, erlangte Erfolge zu gefährden. So manche Dorfgemeinschaft driftet auseinander, in der Stadt und auf dem Land wird die schnelle Einordnung von Menschen in viele Jahre eindeutig erschienene politische, religiöse oder kulturelle Lager fragwürdig. Was tun? Zuhören. Konstruktive Konfliktbearbeitung und Kommunale Konfliktberatung brauchen ein genaues Hin-Hören jenseits überlieferter und vorurteilsvoller Zuschreibungen.

Der „Tanz um den Konflikt“ – Konflikt zwischen Selbstverständlichkeit und Negierung

Die Anerkennung der Alltäglichkeit von Konflikten und des Potentials konstruktiver Konfliktbearbeitung sind (noch) keine Normalität in deutschen Kommunen und Landkreisen. Dies zeigt sich Forschenden bei dem Versuch, Zugang ‚zum Feld‘ zu bekommen: Empirische Erforschung von Konflikten scheitert oftmals bereits daran, dass Konflikte in der kommunalen Politik nicht als Ausdruck von Wandel und somit ‚normaler‘ Aspekt von Stadtentwicklung angesehen werden, sondern aus vielen Gründen als bedrohlich erlebt werden. Daher werden Konflikte für nicht existent erklärt oder es wird dafür plädiert, dass Konflikte keinesfalls im Wahlkampf angesprochen werden. Die Existenz von Konflikten wird nach wie vor häufig mit dem Versagen von Politik, Verwaltung oder Polizei gleichgesetzt – oder zumindest geht Politik davon aus, dass Bürger*innen und potentielle Wähler*innen so denken.

Ähnliches zeigt sich Praktiker*innen der Kommunalen Konfliktberatung: Auch wenn von außen betrachtet klar scheint, dass es einen oder mehrere Konflikte in einer Stadtgesellschaft oder in

einem Landkreis gibt, so lehnen Betroffene aus unterschiedlichen Beweggründen heraus deren Existenz gänzlich ab oder reden eher noch von ‚Problem‘ oder ‚Spannung‘ als von ‚Konflikt‘. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass es vielleicht zunächst Erfahrungen mit erfolgreichen Konfliktbearbeitungsstrategien braucht, um Vertrauen in diese aufzubauen, um mit dieser Zuversicht in die Bearbeitbarkeit von Konflikten auch eher das Bestehen eines Konflikts anerkennen zu können.

Wenn betroffene und beteiligte Personen behaupten, keinen Konflikt zu haben, was kann dann untersucht oder bearbeitet werden? Und wie kann Kommunale Konfliktberatung dann unterstützend tätig werden? Haben wir als Konfliktberater*innen das Wohl der Menschen vor Ort im Blick und beachten deren Grad der Bereitschaft zur Konfliktbearbeitung? Oder verlieren wir sie aus dem Blick und versuchen, an ihnen vorbei ‚an den Konflikt zu kommen‘, um einen Forschungs- oder Beratungsgegenstand zu haben? Hier gilt es genau hinzuhören, dahinter zu lauschen, um Verbindung aufzubauen und gemeinsam einen passenden Weg zu finden, statt Spaltung zu fördern.

Spaltungstendenzen in der deutschen Gesellschaft?!

Einige Forschungen machen bereits seit vielen Jahren darauf aufmerksam, dass in der deutschen Gesellschaft zunehmend Spaltungen auftreten.

In diesem Band weisen etwa Katharina Kullmann und Astrid Heck auf Wilhelm Heitmeyers Forschung zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hin. Von ihr gehe eine Warnung vor

Desintegrationsprozessen und vor einem autoritären Rutsch aus: Dies würde in den letzten 30 Jahren an schleichenden Trends mit Signalereignissen wie etwa der Finanzkrise, der Hartz-IV-Reform oder der heutigen Coronakrise deutlich. Und auch soziologische Forschung (vgl. Fritz Reusswig in diesem Band) bezeugt Spaltungstendenzen. So zeichne sich der Rechtspopulismus durch Linkenkritik und gleichzeitig Elitenkritik aus. Vereinfacht könne man in der Kommunikation die Formeln „Gutes Volk wehrt sich gegen seinen Verrat“ oder „Böse Minderheiten vertreten ihre Interessen gegen das gute Volk“ oder „Die da oben wollen eine grüne Republik und das widerspricht unserem bisherigen Lebensstil“.

Solcherart Wissen um Spaltungstendenzen und ihre empirischen Ausprägungen sind hilfreiches Hintergrundwissen für die Kommunale Konfliktberatung. Gleichzeitig dürfen solche Formeln, Zuspitzungen und Typisierungen nicht das genaue Zuhören ersetzen, da die Motive der beteiligten Menschen genauso unterschiedlich sind wie die jeweilige lokale Konstellation, die die Kommunale Konfliktberatung mit Hilfe ihrer systemischen Analysen differenziert betrachtet. Beides muss zunächst nachvollzogen werden (z. B. ein Interesse daran, ein heimisches Naturschutzgebiet zu erhalten versus dem Interesse am Bau von Wasser- oder Windkraftanlagen als erneuerbare Energiequelle), um den Beteiligten die nötige Achtung entgegen bringen zu können und um zielgerichtet und bedürfnisorientiert beraten zu können. Was also dient einer konstruktiven Konfliktbearbeitung?

Primat des Zuhörens – einige Leitideen für dialogische Konfliktbearbeitung:

Wie müssen Dialog und Kommunikation aussehen, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass Konfliktparteien ihren eigenen Konflikt anerkennen sowie Offenheit entwickeln, Unterstützung bei der Bearbeitung anzufragen? Die fundamentale Bedeutung des Zuhörens und des Verstehens wurde bereits genannt. Der methodisch unterstützte Perspektivwechsel, das Sich-hinein-versetzen in die Position, die Sorgen und Nöte des anderen sowie in die Handlungslogik der jeweiligen Profession können hierbei unterstützen.

Dialogbereitschaft setzt Bereitschaft zum Kontakt und zum gegenseitigen Verstehen voraus und lässt diese im besten Falle wachsen. Wie aber können Gräben zwischen Bevölkerungsgruppen oder zwischen ‚den Politiker*innen‘ und ‚den Bürger*innen‘ überwunden werden (vgl. Anna Stein in diesem Band)? Wenn wir uns von Stereotypen und einfachen Erklärungen entfernen, so erscheint die Welt komplexer und mit dem Lösen von der Vereinfachung geht zumindest vorläufig auch die bisherige Orientierung verloren. So beschleunigt zunehmende Komplexität in bestimmten Konstellationen und Bevölkerungsgruppen auch die Gefahr politischer Polarisierung und befeuert wiederum den Trend zur Vereinfachung. Für eine konstruktive Konfliktbearbeitung erscheint es hingegen notwendig und sinnvoll, die je andere Person (oder Gruppe oder Organisation) zu verstehen im Sinne von nachzuvollziehen, wie sie zu ihrer Position kommt und was sie bewegt, um alle einzubeziehen und so eine stabile Konfliktbearbeitungsbasis zu schaffen. Hierfür erscheint Folgendes sinnvoll (vgl. Sebastian Salzmann):

- Teilhabe schaffen, auch für „stillere Personen und Positionen“,
- mit Beteiligten über konkrete Situationen sprechen, statt im Allgemeinen bleiben,
- die affektive Dimension polarisierter Konflikte und die Bedeutung von Emotionen in Kommunalen Konflikten beachten.

Dies sind Hinweise, die in der Beratungspraxis häufig – aber nicht immer – Beachtung finden. So ist es auch Aufgabe von Konfliktberatung, die Fähigkeit zum ergebnisoffenen Zuhören zu fördern, das noch nicht die Antwort kennt, sondern präsent ist für die Mitteilung des anderen, Räume zu schaffen für Begegnung sowie eine wertschätzende Kommunikationskultur zu etablieren.

Dieses Plädoyer, ‚dahinter‘ zu schauen kann durch den Blick auf die realen Bedürfnisse, die hinter ideologisch aufgeladenen Konflikten stehen, erweitert werden. So weisen aktuelle Forschungen darauf hin, dass Menschen über ihre Emotionen sprechen wollen und ein ‚Dogma der Sachlichkeit‘ Scheinargumente hervorbringt (vgl. Sven Messerschmidt in diesem Band). Für den erfolgreichen Verlauf von Dialogprozessen muss demnach auch beachtet werden, wem in der Konstellation vor Ort das Recht zu sprechen zu- bzw. abgesprochen wird. Wer ist aufgrund welcher (meist unausgesprochenen) Kriterien legitimiert, im kommunalen Kontext etwas sagen zu dürfen und Gehör zu finden: Empirisch zeigten sich in einer Kommune z. B. drei Kriterien: man muss in der Gemeinde geboren sein, zwei Kinder haben und verheiratet sein. Mit anderen

Worten geht es hierbei häufig um die Frage, wer als zugehörig zur Dorfgemeinschaft oder zur Gemeinschaft in einem Stadtteil zählt. Aus Sicht der Stadtsoziologie mit Migrationsbezug (vgl. Katrin Grossmann) kämpfen Menschen darum, ihre Zugehörigkeit zu deklarieren. Dies zeigt sich z. B. daran, dass einige Gruppen von Zugewanderten, die schon längere Zeit in Deutschland leben, – für manche überraschend – AfD wählen und manche Gruppen, die sich als ‚biodeutsch‘ betrachten, sich weigern, anzuerkennen, dass so manche Stadtbevölkerung nicht mehr mehrheitlich deutsch ist. Kommunale Konfliktberatung trifft in jedem einzelnen Beratungsprozess auf komplexe kommunale Systeme und Dynamiken sowie auf Menschen mit Gefühlen und Bedürfnissen. Es gilt sowohl die individuellen wie auch gruppenspezifischen und gesellschaftlichen Belange mitzudenken, um einen zielführenden Beitrag zur Konfliktbearbeitung leisten zu können.

Kommunale Konfliktberatung kann einige Antworten auf die oben skizzierten Aufgaben geben. Sie setzt sich für eine reflektierte, systematische, systemische, menschen-achtende und gewaltfreie Bearbeitung von Konflikten in lokalen Kontexten ein. Ihre systemische Herangehensweise kann dazu beitragen, das ‚Ganze‘ mit seinen Bestandteilen und deren Wechselwirkungen in den Blick zu nehmen – und damit kann sie einen Beitrag leisten, den vielfach angesprochenen Spaltungstendenzen bereits in der Phase der Analyse der Konfliktodynamiken entgegen zu wirken. Für die Förderung eines konstruktiven Dialogs jenseits eines Dogmas der Sachlichkeit folgt die Kommunale Konfliktberatung in Haltung und Methode der Gesprächsführung der Gewaltfreien Kommunikation nach Marshall B. Rosenberg, deren Stärke darin liegt, dem Hin-Hören und dem Mitteilen gleichermaßen Raum zu geben und so etwa

Möglichkeit zu schaffen, eigene Wahrheiten auszusprechen, ohne zu polarisieren. Es geht in den komplexen Situationen vor Ort immer wieder darum, zu erkennen, wann und wie wir gehört werden können oder wann und wie andere – eher stille Gruppen und Personen – Gehör finden. Und es geht auch darum, nicht in die ‚Spiele‘, die manche spielen wollen – sei es Kampf, Gegeneinander, Abwertung etc. – einzusteigen, sondern einen anständigen wertschätzenden Umgang als Puffer zu benutzen, der manche Ecken und Kanten abfedert und das Risiko zunehmender Spaltung reduziert zugunsten von Begegnung auf Basis der Legitimität jeglicher Bedürfnisse hinter den manchmal so zerstörerischen Handlungen. Dialog bedeutet auch, als Mensch erkennbar und berührbar zu werden – wodurch die Chance steigt, dass wir auch beim anderen seine Bedürfnisse und Emotionen hinter den Sachargumenten und den Angriffen erkennen: „Miteinander geduldig umgehen und alle einbeziehen“ (Hagen Berndt zu Beginn der virtuellen Tagung im November 2020) – das kann auch für die Praxis der KKB sowie den Austausch zwischen Praktiker*innen und Forschenden gelten.

Autorin:

Sylvia Lustig, Diplom-Soziologin, Trainerin für Gewaltfreie Kommunikation und Supervisorin. Seit 2010 für das forumZFD in der Kommunalen Konfliktberatung tätig. Co-Autorin der beiden KKB-Konzeptionen (Berndt/Lustig, 2014; 2016). Ihre derzeitigen Arbeitsschwerpunkte in der KKB liegen im Bereich Forschung, Weiterbildung und Lehre sowie Weiterentwicklung des Ansatzes.

Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des Vereins zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.

Das **Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung** bietet Gemeinden, Städten und Landkreisen Beratung bei Konflikten im kommunalen Raum an. Durch den systemischen Ansatz der kommunalen Konfliktberatung, werden Entscheidungsträger*innen aus Verwaltung, Politik, Initiativen, Vereinen und sozialen Trägern unterstützt, die Konfliktodynamiken besser zu verstehen und Handlungsoptionen zu entwickeln. Bisher wurden Beratungsprojekte in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Niedersachsen durchgeführt. In Bayern, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein sind wir mit Kommunen in Gespräch.



Der **Verein zur Förderung der Bildung – VFB Salzwedel e.V.** ist ein freier Bildungsträger, der seit 1993 Förderprogramme der beruflichen Bildung umsetzt, ambulante Jugendhilfe und Schulsozialarbeit koordiniert sowie Maßnahmen zur Demokratieförderung durchführt. Er ist Träger des Kompetenzzentrums Kommunale Konfliktberatung mit Sitz in Salzwedel.

Das Projekt „**Herausforderungen gesellschaftlicher Integration gemeinsam verstehen und bearbeiten**“ nimmt sich schwierige Prozesse von Radikalisierung und Desintegration vor.

Unser Anliegen ist es, Wissen zu offenen und latenten Konflikten zu generieren und zu diskutieren. Durch Beratungsprozesse mit den Beteiligten aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sollen Handlungsoptionen entstehen, die konstruktive Möglichkeiten der Konflikttransformation aufzeigen.

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds kofinanziert.



Europa fördert
Asyl-, Migrations-, Integrationsfonds


SACHSEN-ANHALT
Ministerium für
Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms

 **#WIRSINDDASLAND**
DEMOKRATIE. VIELFALT. WELTOFFENHEIT.
IN SACHSEN-ANHALT

Gefördert durch:



Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Gesundheit
und Gleichstellung



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



STAATSMINISTERIUM
FÜR SOZIALES UND
VERBRAUCHERSCHUTZ



Freistaat
SACHSEN

Die Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Niemanden zurücklassen.

Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels

Kommunen sind in besonderer Weise mit Chancen und Herausforderungen konfrontiert, die aus der zunehmenden Vielfalt unserer Gesellschaft und den daraus entstehenden Aushandlungsprozessen resultieren. Dieser erste Band der Reihe „Einblicke in die Kommunale Konfliktberatung“ sammelt Beiträge, die aus Diskussionen und Forschungsergebnissen entstanden sind, welche auf der virtuellen Partnerfachtagung „Niemanden zurücklassen. Herausforderungen und Chancen für Kommunen in Zeiten gesellschaftlichen Wandels“ im November 2020 vorgestellt und weitergedacht wurden. Die Artikel geben Einblicke in Themen und Konfliktdynamiken im kommunalen Raum und beschreiben Impulse zur Konfliktbearbeitung. Ausgewählte Aspekte, die für praktische Beratungskontexte eine hohe Relevanz haben, werden in den Beiträgen diskutiert.

K3B – Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung

Verein zur Förderung der Bildung
VFB Salzwedel e.V.

Alte Pumpe 11, 29410 Salzwedel

Telefon: 03901 30891 36

E-Mail: konfliktberatung@vfb-saw.de
www.vfb-saw.de

ISBN: 978-3-9824624-0-0